

Inhaltsverzeichnis

Semestereröffnung	Seite 2
Antrittsvorlesungen und Abendvortrag	Seite 4
Neuberufung	Seite 8
Ehrungen	Seite 9
Internationales	Seite 10
Studium	Seite 16
Deutsch-Französisches Doktorandenkolleg	Seite 22
Kurzmeldungen	Seite 24
Aus der Weiterbildung	Seite 31
Führungskolleg Speyer	Seite 43
Messe Moderner Staat	Seite 45

Liebe Leserinnen und Leser,

wie bereits die Vorsemester war auch das Wintersemester 2008/2009 charakterisiert durch die Neubesetzung von Lehrstühlen. Damit geht zugleich eine neue Akzentuierung des wissenschaftlichen Profils der Hochschule weiter, wovon die Antrittsvorlesungen der Univ.-Professores Dres. Ulrich Stelkens und Joachim Wieland sowie die Ernennung von Univ.-Professorin Dr. Sabine Kropp zeugen.

Durch zahlreiche internationale Kontakte unter anderem nach Frankreich, Russland, Georgien, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Volksrepublik China, Italien, Namibia und Kasachstan wurde der verwaltungswissenschaftliche Austausch gefördert und die Bedeutung der Hochschule für die Verwaltungswissenschaften verdeutlicht

Den ersten Höhepunkt des Semesters bildete bereits in der ersten Semesterwoche der Besuch des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen an der DHV Speyer und sein Semestereröffnungsvortrag zum Thema „Politik für die Wissensgesellschaft“.

Schon fest eingespielt ist die Partnerschaft der Hochschule zur Messe Moderner Staat in Berlin, die in diesem Jahr für die dort mit sieben eigenen Panels vertretene Hochschule besonders erfolgreich verlaufen ist.

Auch für das Wintersemester 2008/2009 sind die zahlreichen Aktivitäten der Hörerschaft hervorzuheben. Die Gewinnung von „Speyer-Botschaftern“, die als Multiplikatoren für die Hochschule wirken wollen, eine Alumni-Club-Runde im Rahmen der Carrer-Services der Hochschule und der traditionelle Semesterabschlussball seien hierfür nur exemplarisch genannt.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann
Rektor der DHV Speyer

Politik für die Wissensgesellschaft

Feierliche Semestereröffnung durch Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers



Ministerpräsident Rüttgers zu Gast an der DHV Speyer

Foto: DHV

Am Abend des 5. November 2008 konnte der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Jürgen Rüttgers, an der Hochschule begrüßen. Rüttgers verband seinen Besuch anlässlich der feierlichen Eröffnung des Wintersemesters 2008/2009 mit einem zweistündigen wissenschaftlichen Gespräch mit Speyerer Professorinnen und Professoren zu Themen der Verwaltungsmodernisierung und Innovationspolitik. Im Anschluss daran fand dann in der bis auf den letzten Platz vollbesetzten Aula die feierliche Semestereröffnung statt; die insbesondere für die im Wintersemester an der Hochschule eingeschriebenen 75 Referendarinnen und Referendare aus Nordrhein-Westfalen einen besonderen Höhepunkt des Semesters darstellte.

Nach der Begrüßung der Gäste und einer kurzen Einführung in das Thema des Abends durch den Rektor widmete Rüttgers seine Festrede dem Thema „Politik für die Wissensgesellschaft“.

Ausgehend von den ungeheuren Herausforderungen, welche die Globalisierung und die aktuelle Finanzkrise an demokratische Staaten stellen, beleuchtete Rüttgers die Gestaltungsmöglichkeiten, die hier eine an der Wissensgesellschaft orientierte Politik eröffnen kann. „Wenn man die Globalisierung gestalten will, dann muss man ihre Dynamik verstehen. Die Globalisierung ist nicht die Ursache, sondern die Folge der Wissensgesellschaft. Deshalb

können wir die Globalisierung gestalten. Sie ist nichts Urwüchsiges. Die Wissensgesellschaft ist der entscheidende Megatrend, der unser Leben verändert.“ Der Ministerpräsident warf dann ein Schlaglicht auf die Bedeutung der deutschen mittelständischen Wirtschaft, die es aufgrund ihres wissensbasierten, einzigartigen Knowhows zu einem ‚hidden champion‘ auf den internationalen Märkten gebracht hätte und die er als das wirkliche Rückgrat der deutschen Wirtschaft beschrieb.

Als Hauptaufgabe von Fortschritt – und zwar eines Fortschritts hin zu mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit und nicht nur zu mehr Geld – beschrieb es Rüttgers, eine Gesellschaft zu bauen, die menschlicher, die besser ist als die bisherige. Als Kernelement zur Erreichung dieses Ziels definierte er das humanistische Bildungsideal Alexander von Humboldts. „Es geht eben nicht nur um Ausbildung, sondern im humanistischen Ideal verkörpert sich die Idee der Selbstbildung des Menschen, das Formen von Körper, Geist und Seele, das Entfalten von Talenten und Begabungen. Gibt es eigentlich irgendetwas Aktuelleres in der Wissensgesellschaft? Anders gefragt: Gibt es eigentlich eine Alternative zu dieser Idee?“, so Rüttgers. Er warnte eindrücklich davor, dass die aktuelle Ökonomisierung der Bildung auch die Gefahr einer Rückkehr zur Klassengesellschaft beinhalte. Er hielt in diesem Zusammenhang den Befürwortern einer Bildungsökonomisierung entgegen, dass eine Spaltung der Gesellschaft in Bildungsgewinner und Bildungsverlierer nicht nur sozialen Sprengstoff in sich berge, sondern insbesondere auch wirtschaftliche Nachteile für ein Gemeinwesen mit sich bringe. Es könne ökonomisch nicht falsch sein, jetzt in Bildung zu investieren, um eine Rezession aufzuhalten. „50 zusätzliche PISA-Punkte bedeuten danach 0,6 Prozentpunkte zusätzliches Wirtschaftswachstum pro Jahr“. An dieser Stelle ging Rüttgers dann erneut auf die aktuelle Finanzkrise ein und stellte fest, dass die Finanzökonomie und die Realökonomie völlig auseinandergefallen seien. Da es unmöglich sei, 82 Millionen Menschen in Deutschland auf der Basis von Geldgeschäften zu ernähren, müsse man sich

in Deutschland ganz klar zu Deutschland als Industriestandort mit dem System der sozialen Marktwirtschaft bekennen. „Ich glaube nicht, dass die jetzige Wirtschaftskrise eine Krise der Marktwirtschaft ist. Es ist eine Krise einer bestimmten Form, nämlich der angelsächsischen Form der Marktwirtschaft. Bei der Frage nach dem Weltordnungsmodells wird es darauf ankommen, ob wir Europäer uns auf ein Modell verständigen können. Für mich ist es das Modell des rheinischen Kapitalismus, wie man in Frankreich sagt, also die soziale Marktwirtschaft“, so Rüttgers. Genau dieses Modell gelte es nun in Europa durchzusetzen. Mit Blick auf die gesamte Welt zeigte er sich überzeugt, dass dieses auch ein Modell sei, das Länder in Asien viel leichter akzeptieren können als die angelsächsische Marktwirtschaftsform.

Im Anschluss an den Vortrag nutzte Rektor Sommermann die Gelegenheit zu einer besonderen Ehrung. Für seine herausragenden Verdienste um die DHV Speyer zeichnete er im Namen des Senats der Hochschule den nordrhein-westfälischen Abteilungsleiter Dr. Robert Eugen Becker mit der Hochschulmedaille aus. Becker hatte im Wintersemester 1968/69 selbst das verwaltungswissenschaftliche Ergänzungsstudium absolviert. Seit 1980, also mehr als 50 Semester lang, lehrte er als Dozent an der Hochschule. Hauptgegenstand seiner Lehrveranstaltungen stellte das Behördenziel Kundenfreundlichkeit dar. Hierbei standen unter anderem die Themenbereiche Mitarbeiterbefragungen, Leitbildentwicklung oder Führungsprobleme im Reformprozess im Mittelpunkt. Aufbauend auf einer gründlichen Ursachenanalyse erarbeitete er in seinen Lehrveranstaltungen in der Praxis tragfähige Problemlösungskonzepte. Zu seinem didaktischen Konzept gehörte dabei die Durchführung von Kundenbefragungen in verschiedenen Gemeinden des Umlandes, die so ebenfalls von den Ergebnissen seiner Lehrveranstaltung



Engagierter Semestereröffnungsvortrag

Foto: DHV

profitieren konnten. Hilfreich waren dabei auch Beckers umfangreiche berufliche Erfahrungen aus dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und aus dem Regierungspräsidium Köln.

In Anerkennung dieser Verdienste als Lehrbeauftragter an der DHV Speyer innerhalb der Ausbildung von Nachwuchskräften der Verwaltung hatte der Senat der Hochschule bereits am 21. Juli 2008 beschlossen, Becker die Hochschulmedaille zu verleihen.

Der Vortrag von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ist in der Reihe Speyerer Vorträge erschienen.



Verleihung der Ehrenmedaille der Hochschule an Dr. Robert Eugen Becker (r.)

Foto: DHV

Die europäische Union als Freiheitsraum und Rechtsgemeinschaft

Zwei neue Professoren der DHV Speyer stellen sich vor



Die Univ.-Professoren Dres. Joachim Wieland und Ulrich Stelkens bei ihren Antrittsvorlesungen
Foto: DHV

Gleich zwei neue Professoren der DHV Speyer stellten sich am 21. Januar 2009 im Auditorium maximum der Hochschule mit ihren unter dem gemeinsamen Thema „Die europäische Union als Freiheitsraum und Rechtsgemeinschaft“ stehenden Antrittsvorlesungen der Öffentlichkeit vor.

Die beiden Antrittsvorlesungen stießen weit über die Hochschule hinaus auf großes Interesse. So konnte der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, auch zahlreiche auswärtige Gäste aus Gerichtsbarkeit, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft begrüßen, darunter die Bundesverfassungsrichter Professor Dr. Michael Eichberger und Professor Dr. Rudolf Mellinghoff. Als Vertreter benachbarter Universitäten hieß der Rektor die Univ.-Professores Dr. Klaus Grupp (Universität des Saarlandes), Univ.-Prof. Dr. Georg Harms

(Universität Frankfurt), Ludwig Hieber (Universität Stuttgart), Rainer Hofmann (Universität Frankfurt), Helmut Sieckmann, (Universität Frankfurt), Werner Sesselmeier (Universität Koblenz-Landau) und Stephan Wüst (TU Kaiserslautern) sowie das Ehrenmitglied am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Univ.-Prof. Dr. Gerd Roellecke willkommen.

Antrittsvorlesung im Auditorium maximum Foto: DHV



Zunächst referierte dann Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens zum Thema „Souveränitätsverlust der Mitgliedstaaten durch Aufenthaltsfreiheit der Unionsbürger“ und beleuchtete die Chancen und Risiken, die sich im Rahmen der Europäisierung für die einzelnen Bürger hinsichtlich des Aufenthaltsrechts ergeben.

Ulrich Stelkens wurde 1967 in Köln geboren und nahm 1987 in Saarbrücken das Studium der Rechtswissenschaft auf, wo er sich neben dem deutschen Recht am Centre d'Études Juridiques Françaises (heute: Centre Juridique Franco-Allemand) auch dem französischen Recht widmete und das Diplôme d'Études Universitaires Générales (D.E.U.G.) erwarb. Neben seinem Studium und später der Referendarzeit arbeitete er am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Klaus Grupp mit, ab 1998 als sein wissenschaftlicher Assistent. Zuvor hatte er mit einer preisgekrönten Dissertation zum Thema „Verwaltungshaftungsrecht - Schadenersatzhaftung zwischen Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialversicherungsträgern und sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts“ im Jahr 1997 mit „summa cum laude“ promoviert. Die Habilitation erfolgte im Jahr 2003 mit der Schrift „Verwaltungsprivatrecht - Anwendbarkeit des Privatrechts auf das Handeln juristischer Personen des öffentlichen Rechts und die sich hieraus ergebenden Rechtsfolgen“. Während herkömmlich die öffentlich-rechtliche Bindung der in privatrechtlichen Formen handelnden öffentlichen Verwaltung in allen Nuancen diskutiert werden, wechselte Stelkens in dieser Untersuchung mit seiner Frage nach der Privatrechtsbindung der Verwaltung die Perspektive und suchte die Antwort in einer systematischen Untersuchung der privatrechtlichen Determinanten des Verwaltungshandelns insbesondere des privatrechtlichen Verwaltungsvertrags. Unter Stelkens weiteren Veröffentlichungen ragen Kommentierungen zu zentralen Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes, des Telekommunikationsgesetzes und der saarländischen Verfassung heraus; seine Aufsätze behandeln Fragen des Planungsrechts, des Staatshaftungsrechts, des Kommunalrechts, des Ordnungsrechts, des Europarechts und des europäischen Verwaltungsrechts.

Nach Lehrstuhlvertretungen in Berlin und Speyer nahm er 2007 den Ruf an die DHV Speyer an, wo er seitdem den Lehrstuhl für „Öffentliches Recht, insbesondere Recht der Mehrebenenbeziehungen und Normsetzungslehre“ innehat. In Speyer hat er sich zentralen Themenfeldern gewidmet und sich in der internationalen Zusammenarbeit engagiert. Er wirkt an dem Deutsch-Französischen Doktorandenkolleg mit, das die DHV Speyer zusammen mit

der Universität Paris 1, der Universität Straßburg und der Universität Freiburg betreibt, und er bringt sich auch ein in die Zusammenarbeit mit dem „chaire mutation de l'action publique et du droit public“, wo er seit kurzem Mitorganisator des Forschungsnetzwerks „Contrats publics dans la globalisation Juridique“ ist. Im

Rahmen dieser Zusammenarbeit nahm er bereits eine Gastprofessur am Institut d'Études Politiques (Sciences Po) in Paris wahr. Pionierarbeit leistete und leistet er in Zusammenarbeit mit Univ.-Prof. Dr. Grupp mit den „Saarheimer Fällen zum Staats- und Verwaltungsrecht“. Es handelt sich hierbei um eine im Internet (www.saarheim.de) veröffentlichte Sammlung von mittlerweile über 110 Übungsfällen zum Verwaltungsrecht und zum Staatsrecht. Diese Fälle sind mit ausgearbeiteten Lösungshinweisen versehen, die regelmäßig aktualisiert werden. Die Sammlung ist heute die umfangreichste publizierte Fallsammlung zum öffentlichen Recht. Die „Saarheimer Fälle“ sind aber auch eines der ältesten und bekanntesten E-Learning-Projekte im Bereich der Rechtswissenschaft, dessen Nutzung zudem einfach und kostenlos ist. 2007 wurde das Projekt mit dem Förderpreis „Neue Medien in der Lehre“ ausgezeichnet.

Von einem anderen Blickpunkt aus beleuchtete im Anschluss an den Vortrag von Stelkens Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland das gemeinsame Thema „Die europäische Union als Freiheitsraum und Rechtsgemeinschaft“. Sein Vortrag mit dem Titel „Der Europäische Gerichtshof im Spannungsverhältnis zwischen Rechtsanwendung und Rechtsgestaltung“ warf einige Schlaglichter auf die Rolle des Bundesverfassungsgerichts gegenüber dem Europäisierungsprozess. Joachim Wieland hat sich nicht nur in Lehre und Forschung, sondern auch als Sachverständiger, als Prozessvertreter und in richterlichen Funktionen den Ruf eines herausragenden Staatsrechtslehrers erworben. 1951 in Bielefeld geboren, studierte Wieland mit einem Stipendium der Studienstiftung des Deutschen Volkes an der dortigen Universität Rechtswissenschaft, um dann nach seinem Ersten Staatsexamen für ein Jahr nach Cambridge zu gehen. Dort erwarb er 1977 einen Master



Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens

Foto: DHV



Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland

Foto: DHV

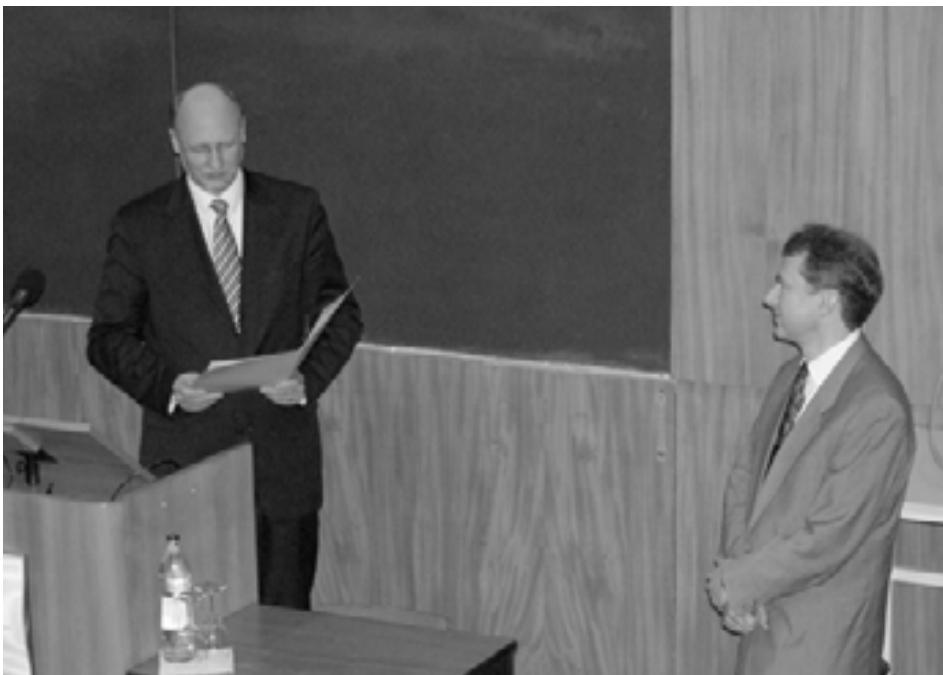
Degree. Nach dem Zweiten Staatsexamen, das er als Zweitbesten seines Jahrgangs in Baden-Württemberg absolvierte, wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter in Freiburg bei Univ.-Prof. Dr. Ernst Wolfgang Böckenförde, der später auch am Bundesverfassungsgericht auf Wieland's Mitarbeit nicht verzichten wollte. So

war Wieland von 1984 bis 1988 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts. 1988 kehrte er als wissenschaftlicher Assistent von Univ.-Prof. Dr. Alexander Hollerbach an das Seminar für Rechtsphilosophie und Kirchenrecht an die Universität Freiburg zurück und habilitierte sich im Jahr 1989 mit einer Untersuchung über Konzessionsabgaben, deren besondere Funktion bei der Ordnung nur begrenzt zugänglicher Erwerbstätigkeiten und damit letztlich bei der Gewährleistung einer Gleichbehandlung der Bürger er herausarbeitete. Bereits zu diesem Zeitpunkt konnte Wieland ein beachtliches Oeuvre vorweisen, das von den Grundrechten – auf diesem Gebiet auch seine mit summa cum laude bewertete Dissertation zur Rundfunkfreiheit – über das Staatsorganisationsrecht hin zum Finanz-, Haushalts-, und Steuerrecht reicht. Ihm wurde die Venia für „Verfas-

sungs- und Verwaltungsrecht, einschließlich Finanz- und Steuerrecht, Rechtsvergleichung“ verliehen. Nach Lehrstuhlvertretungen in Münster und Bielefeld übernahm er 1991 in Bielefeld den Lehrstuhl für „Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht“ und übte dort von 1996 bis 1998 das Amt des Prorektors für Personal und Finanzen aus. Einen Ruf an die Universität Regensburg lehnte er ab, nahm jedoch 2001 den Ruf auf einen Lehrstuhl an der Johann Wolfgang Goethe-Universität an, von wo aus er 2007 nach Speyer wechselte.

Er wirkte als Prozessvertreter der obersten Bundesorgane wie des Bundespräsidenten, des Bundestags und der Bundesregierung ebenso mit wie als Vertreter von Landesregierungen und Kommunen, vor dem Bundesverfassungsgericht und vor dem Bundesverwaltungsgericht und verschiedenen Landesverfassungsgerichten. Er war Mitglied der Gemeindefinanzreformkommission des Bundes, der Enquete-Kommission „Kommunen“ des Landtags Rheinland-Pfalz, der Gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung und der Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ des hessischen Landtags. Als Sachverständiger wirkte er auch für die Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Seit 2006 ist er Mitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen.

Die Vorträge sollen in der Reihe Speyerer Vorträge erscheinen.



Am Ende der Veranstaltung übergab der Rektor Herrn RR Dr. Stefan Werres (l.), Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen, die Promotionsurkunde für seine erfolgreich abgeschlossene Dissertation zum Thema „Grundrechtsschutz in der Insolvenz“.

Foto: DHV

Frankreich zwischen EU-Ratspräsidentschaft und Reformpolitik: Versuch einer Bilanz

Vortrag des französischen Generalkonsuls an der DHV Speyer

Am Abend des 8. Januar 2009 beleuchtete auf Einladung von Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, Rektor der DHV Speyer, der Generalkonsul der Republik Frankreich, Dr. Henri Reynaud vor dem Hintergrund der deutsch-französischen Zusammenarbeit das zurückliegende Jahr 2008.

Zahlreiche Angehörige der Hochschule und auswärtige Gäste waren der Einladung der Hochschule gefolgt, um aus erster Hand hiervon einen Eindruck zu bekommen und anschließend mit dem Generalkonsul über die französische Reformpolitik, die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Perspektiven der EU-Politik zu diskutieren.

Wenige Tage nach dem Ende der französischen EU-Ratspräsidentschaft beschrieb Reynaud in seinem Vortrag diese als eine bewegte Zeit, in der die Europäische Union keine schlechte Figur gemacht habe. Die EU habe es angesichts der Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert wurde, verstanden, Initiativen zu ergreifen und Antworten zu geben.

Reynaud erläuterte dies am Beispiel des Energie-Klima-Pakets, der Georgien-Krise und der Weltfinanzkrise. Besonders wies der Generalkonsul hin auf die Gründung der „Union für das Mittelmeer“, die zum Ziel habe, aus dieser ‚Region der Gegensätze‘ einen Raum der politischen Stabilität, des kulturellen Austausches und des wirtschaftlichen Wachstums zu machen.

Den Erfolg der französischen EU-Ratspräsidentschaft führte Reynaud unter anderem auch auf die enge deutsch-französische Zusammenarbeit zurück.

Er wies darauf hin, dass das Prioritäten-Programm der Präsidentschaft nach eingehenden Erörterungen zwischen Paris und Berlin festgelegt worden war und dass im Jahr 2008 nicht weniger als 50 Konsultationsbesuche von französischen Ministern in Berlin stattfanden.

In Frankreich selbst habe das vergangene Jahr unverändert unter dem Zeichen der Reformpolitik ge-



Der französische Generalkonsul zu Gast an der DHV

Foto: DHV

standen, deren Eckpunkte die Liberalisierung des Arbeitsmarkts, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Modernisierung des Staates bis hin zu einer umfassenden Verfassungsreform gewesen seien.

Für das Jahr 2009 habe der Staatspräsident nun Reformen im Gesundheitssektor, in der beruflichen Bildung und hinsichtlich der Gebietskörperschaften angekündigt.

Der Vortrag von Dr. Reynaud wird in der Reihe Speyerer Vorträge erscheinen.



Dr. Henri Reynaud bei seinem Vortrag ...

Foto: DHV



... und bei angeregten Gesprächen auf dem anschließenden Empfang

Foto: DHV

Sabine Kropp neue Professorin an der DHV Speyer

Univ.-Prof. Dr. Sabine Kropp wurde zum 1. Oktober 2008 auf den Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der DHV Speyer berufen. Sie wurde 1964 in Bamberg geboren und studierte von November 1983 bis Februar 1990 Politikwissenschaft, Neuere und Osteuropäische Geschichte sowie Slawistik an der Universität Erlangen-Nürnberg und am Puschkin-Institut Moskau. Nach ihrer Magisterprüfung arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der FAU Erlangen-Nürnberg und in einem von der VW-Stiftung finanzierten Forschungsprojekt zu Dezentralisierungsprozessen im Zuge der Transformation in Russland. 1994 erfolgte die Promotion zum Thema „Systemreform und lokale Politik in Russland. Zur Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen“. Ihre Habilitation „Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen“, in der die Regierungspraxis von Koalitionen auf der Grundlage eines Vergleichs verschiedener Koalitionsvarianten untersucht wurde, stellte Frau Kropp ebenfalls an der Universität Erlangen-Nürnberg im Jahr 2000 fertig. Von 2000 bis 2006 fungierte sie als Sprecherin der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und von 2003 bis 2009 war sie Mitglied des Vorstands der „Gesellschaft für Programmforschung“.

Vor Beendigung ihrer Habilitation bis einschließlich 2001 wechselte Sabine Kropp als Leiterin des Ministerbüros ins Ministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt nach Magdeburg und damit in die politische Praxis. Anschließend vertrat sie zunächst mehrere Semester den Lehrstuhl „Regierungssystem Deutschland/Innenpolitik“ an der Universität Potsdam. Im März 2004 erhielt sie Rufe auf den Lehrstuhl in Potsdam sowie auf den Lehrstuhl „Vergleich politischer Systeme und Politikfeldanalyse“ an die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, den sie schließlich auch übernahm. In Düsseldorf erreichte sie der Ruf an die DHV Speyer.

Sabine Kropp hat mehrere Monographien und Sammelbände sowie zahlreiche Aufsätze u. a. zu den Themen Transformations- bzw. Osteuropaforschung (zumeist am Beispiel der regionalen und kommunalen Politik), zur (vergleichenden) Koalitionsforschung und zum Thema Regieren sowie zur Föderalismusforschung und zu Methoden des Vergleichens verfasst. Neben der Haushaltspolitik, die sowohl in der Dissertation als auch in der Habilitation unter verschiedenen Gesichtspunkten und in unterschiedlichen politischen Systemen als Untersuchungsgegenstand herangezogen wurde, hat sie im Rahmen der Politikfeldanalyse auch über Wohnungs- und Städtebaupolitik gearbeitet. Daneben gibt sie die Reihe „Parlamentsstudien“ im Nomos-Verlag mit heraus und fungiert seit 2006 als ge-

schaftsführende Redakteurin der „Politischen Vierteljahresschrift“. Derzeit arbeitet sie an einem Buch über Kooperativen Föderalismus und Politikverflechtung in Deutschland.

Der Lehrstuhl „Politikwissenschaft“ deckt an der DHV Speyer in Forschung und Lehre einen breiten Ausschnitt des Faches ab, darunter (vergleichende) Untersuchungen zur Regierungspraxis und deren Europäisierung, zur Koalitionspolitik und zur Föderalismusforschung. Aktuelle Publikationen von Frau Kropp beschäftigen sich mit Aspekten der Politikver-

flechtung und der Einbettung der föderalen Ordnung in das europäische Mehrebenensystem sowie zum russländischen Föderalismus, sie umfassen ein Standardwerk zu den EU-Staaten im Vergleich, Beiträge zur Demokratie-messung sowie zu Formen der parlamentarischen Mitsteuerung und Anpassungsstrategien der Bundestagsfraktionen an die institutionelle Ordnung der EU. Weiterhin betreut sie derzeit ein von der Metro-Stiftung finanziertes Forschungsprojekt, das sich am Beispiel verschiedener Politikfelder mit Aspekten politischer Steuerung bzw. Interaktionsformen zwischen Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Institutionen in unterschiedlichen russischen Regionen befasst. Damit werden Aspekte des Governance-Konzepts explizit in den Kontext eines semi-autoritären Systems übertragen. Das von Frau Kropp im Rahmen des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung eingebrachte Projekt wiederum geht der Frage nach, welche Rollen sich Ministerialbürokratie und Parlamentarier sowie Regierungsmitglieder in Fachpolitiken mit unterschiedlichem Europäisierungsgrad zuschreiben und welche Formen von Interaktionsmustern sich zwischen diesen Akteursgruppen sowie zwischen diesen Institutionen und Akteuren auf EU-Ebene feststellen lassen. Die Untersuchungen sollen vergleichend in drei EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden (Deutschland, Schweden, Ungarn), die jeweils Arbeitsparlamente aufweisen, sich jedoch hinsichtlich ihrer Verwaltungstradition unterscheiden. Dem Projekt liegt als allgemeine Annahme zugrunde, dass sich unterschiedliche Rechts- und Verwaltungstraditionen der drei ausgewählten Länder pfadabhängig in den Interaktionen zwischen Ministerialbeamten, Regierungsmitgliedern und Fachabgeordneten niederschlagen - ohne dass dabei jedoch die Möglichkeit konvergenter Entwicklungen von vornherein gänzlich ausgeschlossen wäre. Das Projekt soll zudem einen Beitrag zur Theorieentwicklung liefern, indem kognitions- und institutionentheoretische Überlegungen systematisch miteinander verbunden werden.



Daseinsvorsorge und Infrastrukturgewährleistung

Symposium zu Ehren von Univ.-Prof. Dr. Willi Blümel
anlässlich seines 80. Geburtstags

Zu Ehren von Univ.-Prof. Dr. Willi Blümel, der am 6. Januar sein 80. Lebensjahr vollendet hat, fand am 16. Januar 2009 im Vortragssaal des Gästehauses der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer das Symposium „Daseinsvorsorge und Infrastrukturgewährleistung“ statt. Die wissenschaftliche Leitung der Veranstaltung lag bei Professor Dr. Siegfried Magiera und Professor Dr. Karl-Peter Sommermann.

In seiner Begrüßung würdigte Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann das wissenschaftliche, die Breite des Verwaltungsrechts und Fragen des Verfassungsrechts umfassende Werk Willi Blümels, insbesondere seine herausragende Bedeutung für die dogmatische Durchdringung und Fortentwicklung des Planungsrechts. Er unterstrich zugleich die Verdienste Willi Blümels um die Hochschule, deren Rektor er 1985 bis 1987 war, sowie um das Forschungsinstitut, das er von 1988 bis 1996 leitete.

Die Erörterung des Tagungsthemas eröffnete Professor Dr. Hans Hugo Klein, Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D. (Universität Göttingen) mit dem Vortrag „Markt und Staat res publica rediiva?“. Zum Thema „Daseinsvorsorge und service de l'intérêt général im Interventionsstaat“ referierte darauf Professor Dr. Michael Ronellenfitsch (Universität Tübingen).

Professor Dr. Klaus Grupp (Universität des Saarlandes) widmete sich in seinem Beitrag dem Bereich der „Infrastrukturgewährleistung und Fachplanung“. Abschließend beschäftigte sich Professor Dr. Dr. Wolfgang Durner, LL.M. (Universität Bonn) mit der Thematik „Das neue Raumordnungsgesetz und die Infrastrukturverantwortung des Bundes“.

An die Vorträge schloss sich ein Podiumsgespräch zu aktuellen Grundfragen des Verfassungs- und

Verwaltungsrechtsschutzes an, das Professor Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts

(Karlsruhe, Universität München), Prof. Dr. Udo Steiner, Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D. (Universität Regensburg), Dr. Stefan Paetow, Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht a.D. (Berlin), Dr. Ulrich Storost, Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht (Leipzig) führten.

Das Gespräch und die nachfolgende Diskussion moderierte Prof. Dr. Siegfried Magiera.

Unter den Ehrengästen befanden sich die Gattin des Jubilars, Frau Lilly Blümel, aktive und emeritierte Professoren der Deutschen Hochschule für

Verwaltungswissenschaften Speyer sowie zahlreiche Wegbegleiter Willi Blümels.

Unter dem gleichnamigen Titel wird in Kürze ein Tagungsband beim Verlag Duncker & Humblot Berlin erscheinen.

F. K.



Auszeichnungen für Professoren der DHV Speyer



Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages wurde mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.



Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Siedentopf wurde in Linz am 19. September 2008 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Republik Österreich ausgezeichnet



Kooperation mit dem internationalen Forschungsnetzwerk Contrats publics dans la globalisation juridique / Public Contracts in Legal Globalisation



2010 ist das Erscheinen eines weiteren, diesmal der Internationalisierung des Verwaltungsvertragsrechts gewidmeten Werks geplant.

Auf einer eigenen Internetseite (<http://www.public-contracts.eu>) werden das

Das Verwaltungsvertragsrecht ist ein Rechtsbereich, der ganz besonders von den aktuellen Tendenzen der Globalisierung und Europäisierung des Rechts betroffen ist. Die Aufarbeitung und Analyse dieser Entwicklung steht noch am Anfang. Es besteht somit ein dringender Bedarf, insoweit die wissenschaftliche Arbeit zu organisieren und die in verschiedenen Ländern entwickelten Konzepte zusammenzuführen.

Das internationale Forschungsnetzwerk „Contrats publics dans la globalisation juridique“ / „Public Contracts in Legal Globalisation“ (CPGJ / PCLG) möchte einen Beitrag zu dieser Zusammenführung leisten. Im Jahr 2007 von den französischen Professoren Jean-Bernard Auby (Sciences Po Paris) und Rozen Noguellou (Université de Nantes) gegründet, zählt das Netzwerk heute ca. 120 Wissenschaftler und Praktiker aus 33 Ländern sowie ca. 10 Angehörige internationaler Organisationen. Koordinatoren des Netzwerks sind neben dem Lehrstuhl „Mutations de l'action publique et du droit public“ (Sciences Po Paris) die Mitglieder eines siebenköpfigen leitenden Komitees, dem auch Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens (DHV Speyer) angehört.

Um die Forschungsarbeiten des Netzwerks CPGJ / PCLG für Forschung und Lehre zugänglich zu machen, ist das Erscheinen von verschiedenen Publikationen vorgesehen. Das erste Werk, für dessen Herausgeberschaft Prof. Noguellou und Prof. Stelkens verantwortlich zeichnen, wird im Herbst 2009 bei dem belgischen Verlag Bruylant in der Reihe „Droit administratif / Administrative Law“ verlegt werden. Es handelt sich um eine rechtsvergleichende Abhandlung, bestehend aus ca. 17 Beiträgen zu allgemeinen Fragestellungen des Verwaltungsvertragsrechts sowie ca. 30 Länderberichten über das Verwaltungsvertragsrecht der verschiedenen Rechtsordnungen der jeweiligen Autoren. Für das Jahr

Netzwerk sowie dessen Mitglieder und diverse Aktivitäten vorgestellt. Diese Internetseite wurde von Prof. Stelkens und seinen Mitarbeitern unter Mithilfe des Rechenzentrums der DHV Speyer erstellt und wird auch weiterhin von hieraus gepflegt.

Längerfristige Projekte des Netzwerks sind das Herausgeben einer eigenen, internationalen Zeitschrift sowie das Anbieten von internationalen Masterstudiengängen im Bereich des Verwaltungsvertragsrechts in Zusammenarbeit mit den verschiedenen beteiligten Universitäten.

Der wissenschaftliche Austausch der Mitglieder des Netzwerks wird durch regelmäßige Tagungen ermöglicht und gefördert. Das erste Mal trafen sich die Wissenschaftler und Praktiker im Dezember 2007 in Paris, ein weiteres Mal im Juni 2008 in Viterbo (Italien) sowie erneut im Dezember 2008 in Paris. Die nächste Tagung des Netzwerks, deren Beiträge der „Internationalisierung des Verwaltungsvertragsrechts“ gewidmet sind, hat am 3./4. April 2009 in Speyer stattgefunden. Neben den 12 Vorträgen und Kommentaren sowie den jeweils anschließenden Diskussionen (Programm siehe: <http://www.contrats-publics.net/inhalte/avril%202009.asp>) bestand hierbei auch Raum dafür, den ca. 35 Teilnehmern aus mindestens 15 verschiedenen Ländern die DHV sowie die Stadt Speyer vorzustellen.

Über die spezifische Forschungstätigkeit des Netzwerks hinaus geben die hier geknüpften Kontakte Anlass zu weiterer universitärer Zusammenarbeit. So ist Prof. Stelkens im Rahmen verschiedener Forschungs- und Lehraufenthalte als Gastprofessor an der französischen Hochschule Sciences Po Paris tätig. Seine in diesem Zuge zu haltenden Vorträge sind dem europäischen und internationalen Vertragsrecht, dem Stadtplanungsrecht, dem Öffent-

lichen Sachenrecht sowie dem Staatshaftungsrecht gewidmet.

Die DHV Speyer ist somit nicht nur in das Forschungsnetzwerk eingebunden, sie stellt vielmehr eine wichtige Stütze für dessen Organisation dar, insbesondere durch die Koordinationstätigkeit von Prof. Stelkens, die Betreuung der Internetseite, die Mitherausgeberschaft des ersten rechtsvergleichenden Werks sowie die Gastprofessur an der Universität Sciences Po Paris.

Auch das aktuelle Forschungsprojekt „Europäisierung des Verwaltungsvertragsrechts“ (Laufzeit No-

vember 2008 bis Oktober 2010) von Prof. Stelkens ist unmittelbar mit den Aktivitäten des Forschungsnetzwerks verbunden.

Der Empfang von ca. 35 Mitgliedern des Netzwerks in Speyer anlässlich der Tagung am 3. und 4. April 2009 stellte einen Höhepunkt der Kooperation mit dem Forschungsnetzwerk CPGJ / PCLG dar. Er gab aber auch Anlass dazu, die weitere Zusammenarbeit zu organisieren.

Nähere Informationen hierzu unter <http://www.public-contracts.eu>.

H. Sch.

Neue Kooperation mit der Staatlichen Tjumen-Universität

Am 4. Dezember 2008 besuchten der Rektor der Staatlichen Tjumen-Universität, Univ.-Prof. Dr. Gennadiy Nikolaevitch Chebotarev zusammen mit Evgenyi Struzhak, Dr. Valeryi Falkov und Dr. Dr. h. c. Galina Telegina sowie Faina Zolotavina die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaft-

ten Speyer. Im Mittelpunkt des eintägigen Besuchs standen Gespräche mit dem Rektor sowie dem Prorektor und die Unterzeichnung des vom Senat der DHV Speyer bereits im Mai 2008 beschlossenen Kooperationsabkommens zwischen beiden Hochschulen.



Der Rektor der DHV, Univ.-Prof. Dr. Sommermann (r.) und der Rektor der Staatlichen Tjumen-Universität, Univ.-Prof. Dr. Chebotarev, bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages

Foto: DHV

Kooperation mit Georgien

Im Jahr 2008 hatte der Rektor der Staatlichen Universität Tiflis, Prof. Dr. Giorgi Khubua, ehemaliger Stipendiat der Humboldt-Stiftung und Gastforscher des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, die DHV Speyer besucht.

schen Wissenschaftlern und Vertretern der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, des DAAD und der Konrad Adenauer-Stiftung nahmen an dem Seminar auch die frühere Gastforscherin am FÖV und heutige stellvertretende georgische Justiz-



Rektor Sommermann, Eduard Schewardnadse und Univ.-Prof. Dr. Hill

Foto: Privat

Bei dieser Gelegenheit hatte er den Rektor der DHV Speyer um fachliche Unterstützung bei der geplanten Schaffung einer Einrichtung für die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern des höheren Öffentlichen Dienstes in Georgien gebeten.

Konzeptionellen Vorberatungen diente ein Besuch des Rektors gemeinsam mit den Univ.-Professores Dres. Hill, Stelkens und Knorr vom 2. bis 4. Oktober 2008 in der georgischen Hauptstadt Tiflis. Die Gespräche mit der georgischen Universitätsleitung sowie prominenten Vertretern aus Gesetzgebung, Regierung und Gerichtsbarkeit wurden verbunden mit einem Seminar, in dem konzeptionelle Fragen und Fachthemen erörtert wurden.

Die Speyerer Wissenschaftler hielten Vorträge zur Modernisierung von Staat und Verwaltung, insbesondere des Öffentlichen Dienstes. Neben georgi-

ministerin, Frau Prof. Dr. Kopaleischwili, sowie der Präsident des Obersten Gerichtshofs Georgiens teil.

Die Gespräche mündeten in konkrete Überlegungen zu einem Masterprogramm für die staatliche Verwaltung sowie zu einem Masterprogramm für die kommunale Selbstverwaltung.

Darüber hinaus wurde die Durchführung von kurzfristigen Weiterbildungskursen und einem dreimonatigen Weiterbildungsstudienprogramm, ggf. auch für Lehrkräfte der Staatlichen Universität Tiflis, erörtert. Die georgische Seite bat auch um Unterstützung in der Aus- und Weiterbildung durch Speyerer Professoren in Tiflis.

Im Verlauf des Besuchs bestand die Möglichkeit zu einem Zusammentreffen mit dem früheren georgischen Staatspräsidenten und sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse.

Besuche an der DHV Speyer

Delegation aus Kursk

Am Vormittag des 5. Februar 2009 besuchte eine Delegation von Kommunalpolitikern aus Kursk, der russischen Partnerstadt Speyers, die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. In einem ausführlichen Gespräch mit dem Leiter des Hochschulservicecenters für Akademische Angelegenheiten, Dr. Klauspeter Strohm, und der Referentin für Internationale Angelegenheiten, Dr. Laure Ognois, informierten sich die Gäste über die Aus- und Weiterbildungsangebote der Hochschule. Ein Rundgang über den Campus bildete den Abschluss des Besuchs.



Besuch von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten aus Namibia

Im Rahmen des regionalen Rechtsstaatsprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) für Sub-Sahara Afrika, das darauf abzielt, eine Verwaltungsgerichtsbarkeit in Namibia aufzubauen, besuchte eine Delegation von fünf Rechtspolitikern und Rechtsexperten aus Namibia am 6. März 2009 die DHV Speyer. Nach einer Präsentation der Hochschule durch Frau Dr. Ognois wurde die Delegation zu einem wissenschaftlichen Fachgespräch zu Fragen des deutschen Verwaltungsrechts von Univ. Prof. Dr. Ulrich Stelkens eingeladen.

Besuch von Studierenden der National Academy of Public Administration aus Odessa

Im Rahmen einer vom DAAD geförderten Studienreise nach Deutschland besuchte am 13. März 2009 eine Gruppe von Studierenden der National Academy of Public Administration, Odessa (Ukraine), die DHV Speyer. Die von Frau Dr. Wesemann und Frau Dr. Filipova begleitete Delegation wurde von den Univ.-Professores Dres. Andreas Knorr und Ulrich Stelkens sowie von Dr. Ognois begrüßt. Der Gruppe wurde die Hochschule sowie das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung von Universitätsprofessor Knorr vorgestellt.





Besuch der vietnamesischen Ho Chi Minh National Administrative-Political Academy in Hanoi

Am 17. November 2008 besuchte eine siebenköpfige Delegation der vietnamesischen Ho Chi Minh National Administrative-Political Academy in Hanoi unter der Leitung des Direktors der Akademie, Prof. Dr. Le Huu, und in Begleitung des vietnamesischen Generalkonsuls in Frankfurt, Mguyen Huutrang, die Hochschule. Sie führten Gespräche mit dem Rektor sowie mit Univ.-Prof. Dr. Stelkens, Dr. Seckelmann und Dr. Strohm. Im Mittelpunkt des Besuchs standen das gegenseitige Kennenlernen und das Erkunden möglicher Felder für eine Kooperation.



Fiscal Science und Vertreter der Finanzverwaltung sowie Personalverwaltung verschiedener Städte und Gemeinden die Hochschule. Im Mittelpunkt des von Dr. Strohm und Dr. Ognois organisierten Programms stand zunächst ein Besuch beim rheinland-pfälzischen Rechnungshof. Der Präsident des Rechnungshofs Klaus P. Behnke stellte den Gästen dort gemeinsam mit Frau Christiane Schotte die Aufgaben und die Arbeitsweise der Rechnungshofs vor.

Im Anschluss stand dann an der Hochschule die aktuelle Finanzkrise im Interessensmittelpunkt. Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr referierte zunächst über die Ursachen und Auswirkungen der Krise, bevor er mit den Gästen deren spezifischen Auswirkungen auf die Volksrepublik China erörterte. Ein Rundgang über den Campus schloss den Besuch ab. Die Delegation zeigte sich sehr beeindruckt von der wissenschaftlichen Qualität des ihr in Speyer gebotenen Programms.

Besuch aus der VR China

Am 4. März 2009 besuchte eine von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) betreute Delegation von 18 Vertretern der China Development and Research Foundation, des chinesischen Rechnungshofs, des Research Institute for



Besuch des Dekans von SPEA

Am 27. Februar 2009 besuchte Herr John D. Graham, Ph. D., in seiner Funktion als Dean der School of Public and Environmental Affairs (SPEA), Indiana University, Bloomington, im Rahmen einer Vorstellungsreise durch deutsche Universitäten die DHV Speyer, um die Möglichkeiten einer Kooperation zwischen den beiden Einrichtungen zu erörtern. An dem Gespräch unter der Betreuung von Prof. Dr. Eberhard Bohne nahmen zahlreiche Professoren der DHV teil. Um den Bedarf und die Interessenlagen auf beiden Seiten genauer zu bestimmen, ist für Mai 2009 ein Arbeitsbesuch der Professoren Bohne und Knorr in Bloomington geplant. Die SPEA ist eine der führenden US-Universitäten für Public Policy und Public Administration.

Besuch aus Kasachstan

Am 20. März 2009 besuchte eine kasachische Arbeitsgruppe, die mit der Vorbereitung des neuen kasachischen Verwaltungsprozesskodex befasst ist, die Hochschule. Im Rahmen ihres Vorhabens „Unterstützung der Rechts- und Justizreformen in den Ländern Zentralasiens“ hatte die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) diesen Besuch organisiert, um der Gruppe die Gelegenheit zu geben, ein wissenschaftliches Gespräch mit Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann zu führen. Sommermanns Ausführungen zu den Grundsätzen und den Entwicklungsmodalitäten eines Verwaltungsprozesskodex und seine Erklärungen zur Rolle der Gesetzgebungstechnik bezeichneten die kasachischen Gäste als sehr wichtig für ihre weitere Arbeit an dem Gesetzentwurf. Insbesondere erwarben sie ein tieferes Verständnis für die



Notwendigkeit, die verschiedenen Prozessgrundsätze für die unterschiedlichen Verfahrensarten klar zu formulieren und in einem allgemeinen Teil festzuhalten.

Gastforscher an der DHV Speyer

Vom 11. November bis zum 25. November 2008 forschte Prof. Anatoliy Kostylev von der staatlichen Tjumen-Universität (Russland) an der DHV Speyer zu den Themen Informationsrecht, Verwaltungsrecht und Verwaltungsprozessrecht.

Während seines Aufenthaltes führte er wissenschaftliche Fachgespräche mit Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow und Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens.

Vom 1. November 2008 bis 30. Januar 2009 forschte Zhao Gangyin vom Shanghai Administration Institute an der Hochschule zu verwaltungswissenschaftlichen Fragestellungen. Er nutzte seinen Aufenthalt auch zu Forschungsbesuchen an anderen europäischen Forschungseinrichtungen.

Vom 8. bis 21. März 2009 besuchte Dr. Domingos Päiva de Almeida vom Law Department des European University Institute die Hochschule. Er informierte sich hier zum aktuellen Forschungsstand zu Fragen des Vergleichenden Verwaltungsprozessrechtes. Im Rahmen des im

Deutsch-Französischen Doktorandenkollegs stattfindenden Doktorandenseminars vom 19. bis 21. März 2009 referierte er zum Thema „Commentaire de la thèse de G. Giuliano: Les pouvoirs des autorités administratives indépendantes économiques et les droits de procédure des particuliers“.



Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann und Dr. Kira Baranova im Gespräch mit Prof. Anatoliy Kostylev
Fotos: DHV



Impressionen vom Semesterstart Fotos: DHV

Semesterstart für 367 Hörerinnen und Hörer

Am Morgen des 3. November 2008 startete für insgesamt 367 Hörerinnen und Hörer aus allen Bundesländern und vielen ausländischen Staaten das Wintersemester 2008/2009 an der DHV Speyer. Erneut stellte die Gruppe der Rechtsreferendarinnen und -referendare, die an der Hochschule einen Teil ihrer Verwaltungs-, Wahl- oder Anwaltsstation absolvieren, mit weit über 250 Studierenden die größte Hörergruppe dar. 40 Studierende starteten an diesem Tag in ihr zweites Semester des verwaltungswissenschaftlichen Masterstudiums.

Acht Studierende immatrikulierten sich für das Weiterbildungsstudium Wissenschaftsmanagement, das in einem dreimonatigen Kompaktprogramm die entscheidenden Kenntnisse und Fertigkeiten für eine Tätigkeit im Bereich der Wissenschaftsverwaltung vermittelt. Nach der Einschreibung, der offiziellen Begrüßung durch den Rektor und einer Einführung in das Studium an der DHV Speyer durch Dr. Strohm standen dann zunächst einmal Wahlen auf dem Tagesprogramm, da die Hörschaft als eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts zunächst einmal ihre Vertreter bestimmen musste.



Erste Besprechung mit der neuen Hörschaftsvertretung
Foto: DHV

In die einzelnen Funktionen wurden gewählt:

- *Hörsprecher*: Andreas Steinbach
- *stellvertretender Hörsprecher*: Damian Hötger
- *Finanzreferat*: Markus Lang und Maren Klein
- *Medienreferat*: Stefan Stollberg und Katrin Heymer
- *EDV-Referat*: Jari Hansen und Sabine Kossebau
- *Sportreferat*: Christian Pospisil und Madeleine Woyke
- *Kulturreferat*: Joana Seidel und Anne Plein
- *Fetenreferat*: Sven Dittrich und Nils Wiesch
- *Integrationsreferat*: Philippe Bamigbade und Akin Özcan
- *Umweltreferat*: Florian Paintner und Janet Baenke
- *Aufbauhörsreferat*: Frederik Adriaenssens und Katharina Müller
- *Ballreferat*: Anna Sophia Backhus und Wiebke Biernat.

In den Senatswahlen wurden dann die Hörervertreterinnen und -vertreter im Senat der Hochschule im Wintersemester 2008/2009 bestimmt. Zu Senatsmitgliedern wurden gewählt Silke Böhringer und Andreas Steinbach, zu stellvertretenden Senatsmitgliedern wurden bestimmt Damian Hötger und Dr. Verena Klappstein.

Bereits am Nachmittag bestand dann für die Hörerinnen und Hörer die Gelegenheit, im Rahmen der Orientierungsphase die Dozentinnen und Dozenten der Hochschule in kurzen Einzelpräsentationen kennenzulernen, was die Auswahl unter den über 100 angebotenen Lehrveranstaltungen erleichterte. Erneut haben die von der Hochschule für den Semesterbeginn entwickelten Verfahren alle hervorragend funktioniert. Einschreibung und Vergabe der Plätze in den Lehrveranstaltungen verliefen schnell und reibungslos.

Familienfreundliche Hochschule

Die DHV Speyer ist seit einigen Jahren Mitglied des „Runden Tisches zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ der Stadt Speyer.

Gegründet wurde der Runde Tisch von Gleichstellungsbeauftragten der Speyerer Behörden und Einrichtungen, die seit 2001 über familienfreundliche Personalpolitik und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutieren. Wichtig war hier besonders der Ausbau der Kinderbetreuung berufstätiger Eltern.

Durch diese in halbjährigem Turnus stattfindenden Sitzungen konnten über die Jahre hinweg etliche Projekte und Kooperationen entstehen.

Die erfolgreichsten Modelle sind unter anderem eine „Notfallbörse“, die schnelle Hilfe bei Ausnahmesituationen bietet (z. B. Kontaktdaten zu Tagesmüttern, aber auch schnelle Hilfe bei Pflege von Angehörigen) und die Ferienaktion „Wilde 13“. Diese findet sowohl in den ersten beiden Wochen der Sommerferien als auch eine Woche in den Herbstferien statt und bietet eine Betreuung für Kinder im Alter von 6–11 Jahren.

Gerne kann die Hochschule bei der Suche nach Tagesmüttern und anderen Betreuungsmöglichkeiten für Ihre Kinder jeden Alters behilflich sein. Ebenfalls besteht die direkte Möglichkeit, über die Frauenbeauftragte der Stadt Speyer, Frau Inge Trageser-Glaser (Tel.:

06232 142-267) Kontaktstellen zur Kinderbetreuung zu finden. Nähere Informationen und weitere Kontaktpersonen finden sind im Internet unter der Adresse <http://www.dhv-speyer.de/Ueberuns/Familienfreundlich-keit.htm>. Dort findet man auch einen Zugang zur Kinderbetreuungsdatenbank der Metropolregion Rhein-Neckar.

Außerdem gibt es auch Hilfestellungen bei der Suche nach Betreuungspersonen für pflegebedürftige Familienangehörige. Nähere Informationen gibt diesbezüglich die Broschüre „Lichtblick“, die ebenfalls über das Internetangebot der Hochschule abrufbar ist.

Noch in diesem Jahr möchte die DHV das Audit familienfreundliche Hochschule anstreben, um einen weiteren Beitrag zur familiengerechten Gestaltung der Arbeits- und Studienplätze zu erzielen. Ziel des Audit ist es, eine tragfähige Balance zwischen den betrieblichen Interessen der DHV und den familiären Interessen der Beschäftigten und Studierenden zu erreichen und diese langfristig in der Hochschule zu verankern.

Ansprechpartnerin der Hochschule für Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Frau Claudia Wiora (Tel.: 654 272, Email: wiora@dhv-speyer.de).

Claudia Wiora

Botschafter für die Hochschule

Seit kurzem gibt es an der DHV Speyer ein Marketing-Projekt besonderer Art. Ehemalige Hörerinnen und Hörer des Sommersemesters 2008 und des Wintersemesters 2008/2009 haben sich bereiterklärt, Studieninteressierte für ein Studium an der Hochschule zu begeistern.

Ein Blick auf die demografische Entwicklung und die langfristig zu prognostizierende Entwicklung der Studierendenzahlen zeigt, dass sich die deutschen Hochschulen bereits heute auf einen immer stärker werdenden Wettbewerb um die besten Köpfe einstellen müssen. In diesem Wettbewerb ist die persönliche Ansprache potentiell an einem Studium Interessierter deutlich nachhaltiger als das Drucken von bunten Flyern und Prospekten. Zu diesem Ergebnis kam eine Gruppe von Hörerinnen und Hörern, die das Studienangebot der DHV Speyer so überzeugend fanden, dass sie zu einem weitergehenden Engagement für die Hochschule auch nach Abschluss ihrer Speyerer Zeit bereit waren.

In Zusammenarbeit mit der Hochschulverwaltung wurde diese Idee dann allen Studierenden des zurückliegenden Semesters nähergebracht und schnell hatten sich mehr als 60 Hörerinnen und Hörer gefunden, die bereit waren, als ehrenamtliche Botschafter der Hoch-

schule in den einzelnen Bundesländern und auch international in ihren jeweiligen Heimatländern zu wirken. In einer gemeinsamen Besprechung dankte Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann diesen Hörerinnen und Hörern für ihre Bereitschaft zu diesem Engagement und stellte ihnen gemeinsam mit Dr. Strohm die Hilfestellungen vor, die ihnen die Hochschule für die Wahrnehmung dieser Aufgabe geben kann.

Diese reichen vom Versand aktueller Informationsmaterialien wie Vorlesungsverzeichnissen oder Flyern über PowerPoint-Präsentationen bis hin zur Übermittlung regelrechter Akkreditierungsschreiben, in denen die einzelnen Einstellungs- und Ausbildungsbehörden für Rechtsreferendarinnen und -referendare in den Ländern über diese Initiative informiert wurden und eine Zusammenarbeit mit den Botschafterinnen und Botschaftern angeboten wurde.

Dass diese Strategie klappen könnte und tatsächlich Ehemalige künftig etwa durch Kurzpräsentationen vor neu eingestellten Referendarinnen und Referendaren Überzeugungsarbeit für die Hochschule leisten können, davon ist das Alumni-Team der Hochschule fest überzeugt. Erste Rückmeldungen aus den Ländern waren durchaus positiv.

Deutsch-Mongolische Entwicklungszusammenarbeit



Hans-Jürgen Schäfer

Foto: DVH

Auf Einladung des Integrationsreferates der Hörschenschaft war am Abend des 27. November 2008 Herr Hans-Jürgen Schäfer (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zu Gast an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Nach der Begrüßung durch den Integrationsreferenten Philippe Bamigbade stellte Schäfer interessierten Hörerinnen und Hörern die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der Mongolei vor.

Die Hochschule kooperiert bereits seit langen Jahren mit diesem ostasiatischen Staat. Insbesondere Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas leistete wesentliche Beiträge zur dortigen Verwaltungsmodernisierung.

Lost in Translation?

Handlungskorridore für parlamentarische Technikfolgenabschätzung und -bewertung

Im Rahmen des von Frau Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen geleiteten Seminars „Partizipation und Legitimation in der Rechtsgestaltung - Technikdialoge, Gesetzesfolgenabschätzung und „lernendes“ Recht“, hielt Herr Dr. Stephan Bröchler am 13. Januar 2009 einen Gastvortrag.

Bröchler vertritt das Lehrgebiet V: Demokratie und Entwicklung (Vergleichende Politikwissenschaft) am Institut für Politikwissenschaft der FernUniversität in Hagen.

Neben seiner Tätigkeit als Wissenschaftler war Herr Dr. Bröchler u. a. als Sachverständiger im Ausschuss „Mensch und Technik“ des Landtages von Nordrhein-Westfalen und als wissenschaftlicher Geschäftsführer des Arbeitskreises „Technikfolgenab-

schätzung und -bewertung“ des Wissenschaftsministeriums Nordrhein-Westfalen tätig.

Herr Dr. Bröchler sprach zum Thema „Lost in Translation? Handlungskorridore für parlamentarische Technikfolgenabschätzung und -bewertung.“

Im Vortrag vor den Studierenden und interessierten Gästen stand die Frage im Vordergrund, ob wissenschaftliche Politikberatung für den Bereich der Technikfolgenabschätzung (TA) Einfluss auf die Willensbildung und Entscheidungsfindung des Parlaments gewinnen kann.

Neben den Zielen der allgemeinen Technikfolgenabschätzung, stellte der Referent vor, welchen Beitrag die parlamentarische Technikfolgenabschätzung zur Technology Governance leisten

kann, welchen Restriktionen die parlamentarische TA in der Praxis unterliegt und welche Handlungskorridore für eine erfolgreiche parlamentarische TA bestehen.

Hauptziel der parlamentarischen TA sei es demnach, das Parlament bei der Willensbildung zu unterstützen und die Entscheidungskompetenz des Parlaments zu stärken.

Erfahrungen aus der Praxis der parlamentarischen TA zeigen jedoch, dass zwischen TA und den parlamentarischen Akteuren unterschiedliche Rationalitäten bestehen. Zudem besteht die Gefahr einer Parteipolisierung der TA. Allerdings bietet die parlamentarische TA auch einen Handlungskorridor, indem sie kontinuierliches Policy-Learning ermöglicht bzw. fördert.

Career Services

Karrieremesse Contacta

Wie in jedem Semester zeigte die DHV Speyer auch im Wintersemester 2008/2009 ihren Hörerinnen und Hörern mögliche Wege in die Berufstätigkeit für die Zeit nach Speyer auf.



Auch das Land Rheinland-Pfalz sucht neue Mitarbeiter

So fand am 22. Januar 2009 die Contacta des Wintersemesters 2008/2009 statt. Vertreten waren das Auswärtige Amt (Berlin), das Bundesverwaltungsamt (Köln), das Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz (Mainz), die Oberfinanzdirektion (Koblenz), der Bundesnachrichtendienst (Pullach), das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (Bonn), das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Nürnberg), Kommunen und kommunale Verbände (Mainz/Ludwigshafen), REDEKER SELLNER DAHS & WIDMAIER Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft (Bonn), NOERR STIEFENHOFER LUTZ Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer - Partnerschaft (München), Rittershaus Rechtsanwälte Notar (Mannheim), MSW & Partner Personalberatung für Führungsnachwuchs GmbH (Mannheim), die BASF SE (Ludwigshafen), die Debeka Versicherungen - Bau-sparkasse (Ludwigshafen) und die Agentur für Arbeit - Akademische Berufe (Ludwigshafen).

Unabhängig von der Contacta stellte sich am 28. Januar 2009 in einer eigenen Präsentation die Kanzlei Hengeler Mueller den an einem Einstieg in den Anwaltsberuf interessierten Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren vor.

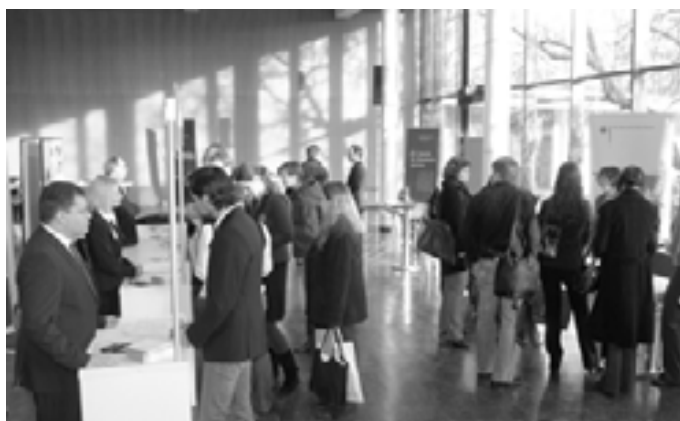
Alumni-Club-Runde

Neu war im Wintersemester 2008/2009 die von den Hörerinnen und Hörern zusammen mit der Hochschulverwaltung vorbereitete und durchgeführte Alumni-Club-Runde. Grundidee war hier, bereits er-



Intensive Beratung und das Knüpfen erster Kontakte standen auf der Contacta wieder im Mittelpunkt

folgreich im Berufsleben etablierte Speyerer Ehemalige ins Gespräch mit Hörerinnen und Hörern des laufenden Semesters zu bringen und so einen Er-



Die Aussteller konnten sich über regen Zuspruch freuen

fahrungsaustausch zu induzieren. Genau dies gelang am 19. Januar 2009, als der Speyerer Ehemalige Ralf Hafner (Senior Associate bei der Kanzlei Lovells) den Hörerinnen und Hörern über seinen Berufsweg in der Zeit nach Speyer berichtete.



Alumni-Club der DHV Speyer

Fotos: DHV

Weihnachtsfeier für die ausländischen Hörerinnen und Hörer



Interkultureller Gedankenaustausch in festlichem Rahmen
Fotos: DHV

Am 18. Dezember 2008 fand die traditionelle Weihnachtsfeier für die ausländischen Hörerinnen und Hörer statt. Wieder hatten sich auch zahlreiche Gasteltern eingefunden, um an der Hochschule einen besinnlichen

Abend mit viel Unterhaltung und angeregtem internationalen Gedankenaustausch zu verbringen.

In Ihren Grußworten hoben sowohl Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann als Rektor der Hochschule als auch Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr als Vorsitzender des Senatsausschusses für das Aufbaustudium die Bedeutung der Gasteltern



Univ.-Prof. Dr. Knorr (l.)

für den Erfolg des verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramms für ausländische Hörerinnen und Hörer hervor. Ausdrücklich dankten beide ihnen dafür, dass sie den ausländischen Hörerinnen und Hörern in Speyer ein Gefühl

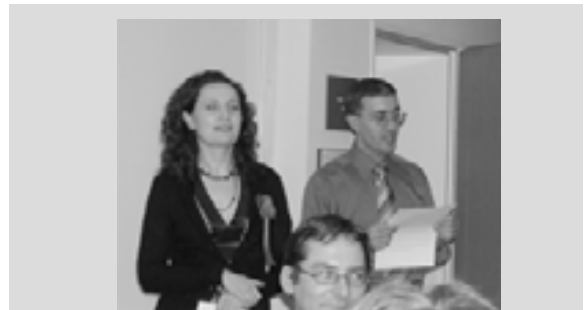
von Heimat geben und vielerlei Hilfestellungen in allen Belangen des Aufenthalts in Speyer leisten würden.

Die von Gabi Gerhardt und Ilona Werner wieder hervorragend organisierte Weihnachtsfeier stand dann unter einem armenischen Stern. Irina Ghulinyan und Gor sowie Karine Hovhannisyanyan stellten zunächst armenische Weihnachtstraditionen vor, bevor sie in einem Quiz das Wissen der Anwesenden über Armenien auf die Probe stellten. Sie vermittelten auf diese spielerische Weise überraschende Einblicke in die Geographie, Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Botanik, Küche und Politik dieses Landes am Übergang zwischen Kleinasien und Transkaukasien. Als Hauptpreise winkten CDs mit armenischer Musik und armenische Spezialitäten. Tanzvorführungen und selbstverständlich auch zahlreiche der berühmten Witze von Radio Eriwan rundeten das Programm ab. Selbstverständlich war auch für das leibliche Wohl der Anwesenden gut gesorgt.

Ein gut sortiertes Büffet sorgt an diesem Abend ebenso für gute Laune ...



... wie die vorgetragenen Radio Eriwan Witze



Als Radio Eriwan Witze bezeichnet man im Deutschen eine spezielle Kategorie politischer Witze, die in den sozialistischen Ländern verbreitet waren.

Hier eine kleine Auswahl:

Frage an Radio Eriwan: „An welchem Tag genau starb Josef Stalin?“

Antwort: „Man weiß es nicht, aber es war ein Feiertag.“

Frage an Radio Eriwan: „Ist es wahr, dass die Sowjetunion bei der Mikrotechnologie besser als die USA ist?“

Antwort: „Im Prinzip ja. Wir fertigen die größten Mikrochips der Welt.“

Frage an Radio Eriwan: „Stimmt es, dass der Kapitalismus am Abgrund steht?“

Antwort: „Im Prinzip ja, aber wir sind dabei, ihn zu überholen.“

Frage an Radio Eriwan: „Stimmt es, dass in der Ukraine der Weizen so hoch wie Telegraphenmaste wächst?“

Antwort: „Im Prinzip ja. Aber nicht so hoch, sondern so weit auseinander.“

Frage an Radio Eriwan: „Stimmt es, dass in den USA jeder ein Auto hat?“

Antwort: „Im Prinzip ja, aber bei uns hat dafür jeder einen Parkplatz.“

Frage an Radio Eriwan: „Stimmt es, dass Stalin Witze über sich sammelt?“

Antwort: „Im Prinzip ja, aber zuerst sammelt er die Leute, die diese Witze erzählen.“

Semesterabschlussversammlung

Nachdem am 23. Januar 2009 der traditionelle Semesterabschlussball das Ende des Semesters eingeleitet hatte, versammelten sich schließlich am 30. Januar 2009 die Hörerinnen und Hörer des Wintersemesters zum letzten Mal.

Wie in jedem Semester mischte sich etwas Wehmut in die Abschlussversammlung, denn nach drei gemeinsam verbrachten Monaten des Studiums und großartigen Engagements hieß es nun auseinandergehen. Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann als Rektor und Andreas Steinbach als Hörsprecher nutzten diese Gelegenheit, um die zurückliegenden drei Monate noch einmal gemeinsam Revue passieren zu lassen.



Hörsprecher Andreas Steinbach

Die Abendvorträge, die Gewinnung von „Speyer-Botschaftern“, der Semester-Abschlussball waren nur einige Highlights, auf die bei dieser Gelegenheit ein letztes Schlaglicht geworfen wurde.

Insbesondere Hörsprecher Steinbach zeigte sich davon überzeugt, dass das Semester bei allen eine bleibende Erinnerung im allerbesten Sinne bleiben werde. Viel Neues sei erlernt worden und Freundschaften fürs Leben entstanden.

Der vielbeschworene Geist von Speyer habe alle infiziert und wissenschaftlich neue Horizonte geöffnet.

Ausdrücklich dankten der Rektor und der Hörsprecher allen Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern der Hörschaft des Wintersemesters für die geleistete Arbeit und die gute Kooperation mit der Hochschulverwaltung und den Hochschulgremien.

Die Semesterabschlussversammlung klang aus mit einem Auftritt des Hörerchors.



Semesterabschlussball an der DHV



Der Hörerchor stimmte noch ein Lied zum Abschied an



Der letzte Auftritt der Hörschaft
Fotos: DHV

4. Deutsch-Französisches Doktorandenseminar zur Rechtsvergleichung im Öffentlichen Recht

Erstes Seminar des Deutsch-Französischen Doktorandenkollegs

Bereits zum vierten Mal veranstaltete die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer zusammen mit der Universität Paris 1 (Panthéon-Sorbonne), der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Universität Straßburg ein Deutsch-Französisches Doktorandenseminar zur Rechtsvergleichung im Öffentlichen Recht. Die seit 2006 jährlich abwechselnd in Speyer und Paris stattfindenden und von der Deutsch-Französischen Hochschule im Rahmen

des Programms „Interkultureller Dialog“ geförderten Seminare sind Ausdruck eines regen wissenschaftlichen Austausches der vier Partneruniversitäten zu Fragen der europäischen Rechtsvergleichung im Öffentlichen Recht. Die Seminare haben sich inzwischen als Forum für den Wissenstransfer zwischen deutschen und französischen Nachwuchswissenschaftlern ein-

erseits und für den Dialog zwischen den Forschergenerationen andererseits etabliert. Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung steht stets die Frage, wie

Deutschland und

Frankreich ähnlichen national- oder gemeinschaftsrechtlichen Herausforderungen begegnen und inwiefern das Fortschreiten der europäischen Integration die nationalen Rechtstraditionen und Rechtskulturen beeinflusst.

Das diesjährige Deutsch-Französische Doktorandenseminar wurde vom 19. bis 21. März 2009 an der DHV Speyer ausgerichtet und war erstmals in das ebenfalls von der Deutsch-Französischen Hoch-

schule geförderte und im vergangenen Jahr errichtete Deutsch-Französische Doktorandenkolleg „Öffentliches Recht im Vergleich unter dem Einfluss der Europäischen Integration“ (vgl. *SpeyerJournal* Nr. 13, Sommersemester 2008, S. 14 f.) eingeleitet. Die wissenschaftliche Leitung oblag Herrn Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann und Herrn Prof. Dr. Ulrich Stelkens seitens der DHV Speyer, Herrn Prof. Dr. David Capitant von der Universität Paris 1, Herrn Prof. Dr.

Johannes Masing von der Universität Freiburg sowie Frau Prof. Dr. Constance Grewe und Herrn Prof. Dr. Olivier Jouanjan auf Seiten der Universität Straßburg. Organisiert wurde das Seminar von Céline Ferco, Franziska Kruse und Olivia Seifert (Doktorandinnen der Univ. Paris 1 und der DHV Speyer).

Nach der Begrüßung aller Seminarteilnehmer durch den Rektor der DHV Speyer, Herrn Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, wurde das fachliche Programm des Seminars am Abend des 19. März 2009 durch den traditionellen Festvortrag eröffnet, für den Herr Prof. Dr. Jörg Gerkrath (Univ. Luxemburg) gewonnen werden konnte. Professor Gerkrath ist als Deutscher, der in Frankreich seine wissenschaftliche Karriere begann und nunmehr Inhaber des Lehrstuhls für Europarecht an der Universität Luxemburg ist, geradezu ein Musterbeispiel für „Transnationalität“ und wäre selbst ein idealer Kandidat für die von dem Doktorandenkolleg gewährten Mobilitätsbeihilfen gewesen, wenn es das Doktorandenkolleg bereits gegeben hätte. Mit seinem Vortrag zu dem Thema „Quel modèle de justice constitutionnelle: la Cour Constitutionnelle du Luxembourg comparée aux juridictions constitutionnelles en Allemagne, en France et en Belgique“ brachte er eine dritte Sicht des Deutsch-Französischen Rechtsvergleichs in das Seminar ein. Im Anschluss an die anregende Diskussion wurden die Seminarteilnehmer von dem Speyerer Bürgermeister Hans-Peter Brohm im Historischen



Die Deutsch-Französischen Doktoranden bei ihrem diesjährigen Kolloquium an der DHV Speyer



Begrüßung der Deutsch-Französischen Doktoranden durch Rektor Sommermann (l.)
Fotos: DHV

Ratssaal empfangen und konnten dank einer großzügigen Spende der Kreis- und Stadtparkasse Speyer gemeinsam in einem würdigen Rahmen zu Abend essen. Dabei hatten die Nachwuchswissenschaftler und Professoren weiterhin Gelegenheit für weitreichende Gespräche.

In den darauffolgenden beiden Tagen fanden intensive Arbeitssitzungen statt. Die Leitthemen der Sitzungen waren der Wandel der Staatlichkeit vor dem Hintergrund der Europäisierung und Globalisierung, aktuelle Entwicklungen im Verfassungs- und Verwaltungsrecht mit Blick auf die Europäische Integration sowie der Grundrechtsschutz im europäischen Vergleich und im europäischen Recht. Im Rahmen dieser Themenblöcke referierten die ausgewählten Nachwuchswissenschaftler über ihr jeweiliges Forschungsprojekt und stellten sich in den anschließenden von der wissenschaftlichen Leitung moderierten Diskussionen im Kreis der Nachwuchswissenschaftler sowie der Professoren einer kritischen Betrachtung ihrer grundlegenden Thesen. Eingeleitet wurden die Diskussionen durch die Kommentare anderer Seminarteilnehmer.

Auftakt des ersten Ateliers bildete der Vortrag von Anna Katharina Mangold (Univ. Freiburg) über „De[n] Wandel der deutschen Staatlichkeit – Historische und empirische Perspektiven“ (Kommentar: Simon Lang [DHV Speyer]). Dem folgte der Vortrag von Emilie Chevalier (Univ. Limoges) zu dem Thema „Réflexions sur les fondements de la prise en compte nationale des développements internationaux et communautaires relatifs à la réforme de L'Etat“ (Kommentar: Laurent Dechâtre [Univ. Paris II]). Das erste Atelier abschließend berichtete Carsten Giersch (DHV Speyer) über „Soft-law als Steuerungsinstrument der internationalen Zusammenarbeit“ (Kommentar: Claire Barthélémy [Univ. Paris I]). Im Rahmen des zweiten Ateliers widmete sich Giorgio Giuliano (Univ. Siena/Univ. Straßburg) in seinem Vortrag dem Thema „Les pouvoirs des autorités administratives indépendantes économiques et les droits de procédure des particuliers“ (Kommentar: Domingos Paiva de Almeida [Univ. Paris I/IUE Florenz]). Kaspar Luginbühl (Univ. Basel/Univ. Straßburg) beschäftigte sich mit den „Europäische[n] Vereinheitlichungsbestrebungen bei vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren – Überblick und Auswirkungen auf das französische Recht“ (Kommentar: Hanna Schröder [FÖV Speyer]). Den ersten Seminartag abrundend beschrieb Anne Jacquemet (Univ. Grenoble II) „La responsabilité pour risque en droit public français et allemand“ (Kommentar: Vassiliki Vouleli [Univ. Straßburg]). Das dritte Atelier am zweiten Seminartag er-

öffnete Tasoula Charb (Univ. Straßburg) mit ihrem Beitrag über „Vidéosurveillance et protection des données personnelles; rapprochement et différences en France, en Allemagne et en Suisse“ (Kommentar: Katharina Braig [Univ. Freiburg/Univ. Basel]). Vervollständigt wurde das Seminar durch den Vortrag von Mathias Möschel (IUE Florenz), der sich mit „Aktuelle[n] verfassungsrechtliche[n] und gesetzliche[n] Entwicklungen in Frankreich rund um die problematischen Begriffe „Rasse“, „ethnische Herkunft“ und ihrer Klassifizierung“ befasste (Kommentar: Florian François Höpfner [Univ. Paris I]).

Trotz des umfassenden wissenschaftlichen Programms verblieb auch Zeit für ein kulturelles Rahmenprogramm: Durch die historische Stadtführung „Anno Domini 1462“ ins mittelalterliche Speyer zurückversetzt hatten die Teilnehmer Gelegenheit, die Stadt näher zu erkunden.



Mit dem Nachtwächter durch das historische Speyer Foto: DHV

Die Tradition der vorangegangenen Seminare fortführend ermöglichte auch das diesjährige Deutsch-Französische Doktorandenseminar einerseits den wissenschaftlichen Austausch, um die jeweils andere Rechtsordnung differenzierter kennenzulernen, und bot andererseits den Nachwuchswissenschaftlern eine Plattform, um ihre jeweiligen Forschungsergebnisse vor den anderen Nachwuchswissenschaftlern und vor allem den Professoren einer Bewährungsprobe zu unterziehen.

Dank der Einkleidung der Seminare in das Deutsch-Französische Doktorandenkolleg und angesichts der steigenden Bewerberzahl wird das Seminar im Frühjahr des kommenden Jahres fortgeführt. Zudem ist im Herbst diesen Jahres die Durchführung eines Workshops geplant, in dem vor allem methodische Fragen der Rechtsvergleichung sowie Übersetzungsfragen erörtert werden sollen.

Olivia Seifert

Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Österreich

In der Herausgeberschaft von o. Univ.-Prof. em. Dr. Dr. Detlef Merten ist im Jahr 2008 in der Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften der Band „Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Österreich“ bei Duncker & Humblot, Berlin, erschienen: Dieser Band versammelt die auf einem Forschungskolloquium des Forschungsinstituts bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer erörterten und diskutierten Grundfragen und gibt einen Überblick über die Bandbreite des Themas. Denn angesichts der langen historischen Tradition der Verfassungsgerichtsbarkeit in Österreich bot sich ein Rechtsvergleich mit Deutschland an, zumal viele aktuelle Fragen der verfassungsgerichtlichen Organisation und des Verfahrens Ähnlichkeiten aufweisen.

EU-Expertenkommission

Prof. Dr. Edda Müller wurde von Forschungskommissar Janez Potočnik in die Expert Advisory Group Socio-economic Sciences and Humanities des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU-Kommission berufen. Die Expertengruppe berät die Kommission bei der Vorbereitung der jährlichen Forschungsprogramme.

Justizreform und Rechtsstaatlichkeit

Zu dem Forschungssymposium anlässlich des 100. Geburtstages von Carl Hermann Ule (26.2.1907 – 16.5.1999), das unter dem Generalthema „Justizreform und Rechtsstaatlichkeit“ im Jahr 2007 am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung stattgefunden hat, ist nunmehr in der Herausgeberschaft von o. Univ.-Prof. em. Dr. Dr. Detlef Merten der Tagungs-

band erschienen; er enthält die Referate dieser Tagung, deren Eröffnung der Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz, Herr Staatsminister Dr. Bamberger, mit einem Fachreferat „Zur Vereinheitlichung der Fachgerichtsbarkeiten“ übernommen hatte. Auch die weiteren Beiträge bilden zentrale Forschungsfelder Ules ab, verfolgen sie in die Gegenwart weiter und loten weiteres Entwicklungspotential aus, so „Eine vergessene Episode in Carl Hermann Ules Richterleben: sein Eintreten für die Filmkunstfreiheit“ von Klaus Stern, „Ein Prozessualist – Erinnerungen an Carl Hermann Ule“ von Klaus König, „Abschied von der verfassungsgerichtlichen Normenkontrolle von Bebauungsplänen? – ein Drama in mehreren Akten“ von Jan Ziekow, „Zur Aktualität einer einheitlichen Verwaltungsprozessordnung“ von Jens Meyer-Ladewig, sowie „Zur Reform des Beamtenrechts“ von Hans-Werner Laubinger. Veröffentlicht ist auch die Rede, die Herr Rechtsanwalt Dr. Dietrich Bahls, langjähriger Sozios und früherer Assistent des Zentenars, am Abend des Forschungssymposiums gehalten hatte („Drei Reisen in die ehemalige DDR und in die neuen Bundesländer mit Professor Ule in den Jahren 1990 und 1991“).

Berufung in Sozialbeirat

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz, hat Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber für eine dritte Amtszeit in den Sozialbeirat berufen. Der Sozialbeirat ist das institutionalisierte Beratungsgremium für die gesetzgebenden Körperschaften und die Bundesregierung in Fragen der gesetzlichen Rentenversicherung.

J.J. Becher-Stiftung

Die Johann Joachim Becher-Stiftung hat unter dem Vorsitz von Univ.-Professor Dr. Heinrich Reinermann ihren 5. Wissenschafts-

preis ausgelobt. Das Thema lautet: „Mobilität mit Intelligenz – Strategien für die Bewältigung der logistischen Herausforderungen der Zukunft“. Ideenskizzen können noch bis 25. Mai 2009 eingereicht werden; zur Ausarbeitung ausführlicher Wettbewerbsarbeiten bis zum 1. Februar 2010 wird ggf. aufgefördert. Die Verleihung in der DHV Speyer ist für April nächsten Jahres vorgesehen. Ausführliche Informationen unter www.jjb.gd.

Neue Datenbanken in Betrieb

Am Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaften und Öffentliches Recht wurden neue Datenbanken in Betrieb genommen. Über eine Schlagwortsuche können zum einen Tagungsinhalte der vergangenen Jahre seit 1999 abgefragt werden, zum anderen die Veröffentlichungen (ohne Monografien) von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill seit 1995. Die Datenbanken sind unter folgenden Links erreichbar: <http://www.dhv-speyer.de/HILL/tagungen/datenbank/suche.asp> und <http://www.dhv-speyer.de/HILL/publikationen/datenbank/suche.asp>. Gemeinsam mit der Datenbank „Lehr und Lernergebnisse“ unter <http://www.dhv-speyer.de/HILL/Lehrangebot/Wissensdatenbank/Lehr%20und%20Lernergebnisse.htm> ergibt sich daraus ein umfassendes Nachschlagewerk zu allen Fragen der Staats- und Verwaltungsmodernisierung.

Föderalismuskommission II

Als Expertin hat Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber an einer Anhörung zu den finanzpolitischen Themen der Föderalismuskommission II im Landtag Nordrhein-Westfalen teilgenommen.

Alterssicherung und Verfassungsrecht

Veröffentlicht (in: Deutsche Rentenversicherung [DRV] 2008, S. 382

–389) ist mittlerweile der Vortrag, den o. Univ. Prof. em. Dr. Dr. Detlef Merten, zum Thema „Armutsfeste Alterssicherung und Verfassungsrecht“ auf der 5. Sozialrechtstagung, veranstaltet durch die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, die Deutsche Rentenversicherung Nordbayern, die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und die Universität Bayreuth, am 3. April 2008 in Speyer gehalten hatte.

Reformen im Bundesstaatsrecht

Im Symposium „Reform an Haupt und Gliedern – Verfassungsreform in Deutschland und Europa“, zum 65. Geburtstag von Professor Dr. Dres. h. c. Hans-Jürgen Papier, am 16. Juli 2008, Karlsruhe, hat o. Univ. Prof. em. Dr. Dr. Detlef Merten einen Vortrag unter dem Titel „Weiterer Reformbedarf im Bundesstaatsrecht“ gehalten. Seine Ausführungen waren in erster Linie verfassungspolitisch, erst in zweiter Linie verfassungsrechtlicher Art und konzentrierten sich auf die Staatsorgane („Verfassungsorgane“) des deutschen Gesamtstaats. Anliegen der Reformüberlegungen konnte es daher auch nicht sein, das Bild eines Idealstaates zu zeichnen, der keine Beziehung zur politischen Realität hat. Andererseits durfte die – möglicherweise nur vorläufige – politische Undurchführbarkeit einer Reform kein Hindernis sein, auf ihre Notwendigkeit hinzuweisen – und sei es nur in Form eines Merkpостens. Merten betonte als Grenze jeder Reformüberlegung Art. 79 Abs. 3 GG, „der entgegen einer geläufigen Umschreibung zwar nicht ‚ewig‘ gelten wird, aber doch auf absehbare Zeit unabänderlich erscheint“. Dabei seien die dem verfassungsändernden Gesetzgeber für die Organisationsverfassung gezogenen Grenzen weniger stringent als für die Grundrechtsverfassung.

Kaiserslautern

Einen Vortrag zu „Non-Profit-Organisationen – Konzepte für die Praxis“ hielt PD Dr. Christian Koch auf der Tagung der Universität Kaiserslautern „Innovation durch Kommunikation – Kommunikation als Erfolgsfaktor für Organisationen“ am 5. September 2008 in der Villa Denis in Frankenstein/Pfalz; einen Schwerpunkt bildete der Versuch, New Public Management im spezifischen Anwendungszusammenhang der Governance von Non-Profit-Organisationen zu prüfen. Der Non-Profit-Bereich erlaubt angesichts der Vielfalt seiner Aufgaben und Erscheinungsformen allenfalls behutsame und angepasste Implementation entsprechender Steuerungselemente.

Anhörung zur Hessischen Landeshaushaltsordnung

Als Expertin hat Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 17. September 2008 an der Anhörung im Hessischen Landtag in Wiesbaden zu einem Gesetz zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung (LHO) teilgenommen.

Besuch aus Marokko

Im September 2008 besuchte eine Gruppe marokkanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften und das Speyerer Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. Der Besuch ging auf die Einladung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas zurück, die dieser gemeinsam mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) ausgesprochen und vorbereitet hatte und die der DAAD finanzierte. Die Gruppe wurde von Univ.-Prof. Dr. Abdeljabbar Arrach von der Universität Settat/Marokko geleitet. Dieser hat bei Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. R. Pitschas vor einer Reihe von Jahren

über das Thema der „Regionalisierung in Marokko“ promoviert. Nach seiner Rückkehr nach Marokko war er in dem Infrastrukturministerium des Landes tätig, bevor er einen Ruf an die Universität erhielt. Darüber hinaus ist Herr Prof. Dr. Arrach dem FÖV aufgrund früherer Gastforscheraufenthalte eng verbunden. Prof. Dr. Dr. h. c. R. Pitschas hielt anlässlich des Besuchs einen Vortrag zum Thema „Décentralisation en Comparaison. Lignes de Développement en Allemagne, dans l'Union Européenne et dans le Royaume du Maroc“. Die Arbeit der DHV Speyer wurden den ausländischen Wissenschaftlern von Herrn Ass. iur. J. Mayer, die des FÖV durch Frau Dr. Seckelmann präsentiert.

Le Tribunal des conflits: la perspective allemande

Am 1. Oktober 2008 hielt Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann im Rahmen der Mitwirkung an einer Table Ronde einen Vortrag über „Le Tribunal des conflits“ des Centre de recherche sur la justice et le procès an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Université Panthéon-Sorbonne Paris I, Paris.

Das Umweltgesetzbuch 2009

Am 9. und 10. Oktober 2008 veranstalteten die DHV Speyer (Univ.-Professor Dr. Eberhard Bohne) und die Humboldt-Universität zu Berlin (Univ.-Professor Dr. Michael Kloepfer) eine Tagung zum Referentenentwurf des Umweltgesetzbuches 2009 an der Humboldt-Universität zu Berlin. An den Diskussionen über Konzeption und Grundzüge des geplanten Umweltgesetzbuches nahmen bekannte Umweltpolitiker sowie hochrangige Vertreter der Europäischen Kommission, der Verwaltungen von Bund und Ländern, der Wirtschaft, der Umweltverbände und der Wissenschaft teil. Die Ergebnisse der Tagung werden in einem Tagungsband veröffentlicht.

Vortragsreise nach Korea und Japan

Vom 28. September bis 31. Oktober 2008 besuchte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf Einladung verschiedener Universitäten Südkorea. An der Städtischen Universität Seoul sowie an der Dangkook Universität sprach er über verschiedene verwaltungswissenschaftliche Themen. So referierte er am 28. Oktober 2008 am Law Research Institute der University of Seoul zum Thema „Legal and Overlapping Education for Public Servants in Germany – Status and Prospects“. Am gleichen Tag sprach er im College of Law der Hankuk University of Foreign Studies in Seoul zum Thema „Mediation im Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess“. Am Folgetag referierte er auf Einladung des Departments of Public Administration der Dankook University zum Thema „Dezentralisierung im Vergleich. Strukturelle Herausforderungen an die Kommunalverwaltung in Deutschland und Korea“. Eine Reise innerhalb Südkoreas führte zur Dong-A Universität in Pusan, wo die rechtlichen Rahmenbedingungen der Mediation in Deutschland erörtert wurden. Vom 31. Oktober bis 2. November 2008 nahm Pitschas dann in Fukuoka/Japan an einem internationalen Symposium der Kyushu Universität zum Thema „Internationaler Vergleich über die rechtliche Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Dienst in Japan, Korea, der Volksrepublik China und in der Europäischen Union“ teil. Es handelte sich um die Abschlussveranstaltung zu dem unter Speyerer Beteiligung gemeinsam durchgeführten Forschungsprojekt über die Aus- und Weiterbildung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in der EU und in den genannten asiatischen Staaten. Das Projekt wurde gemeinsam von dem Kaiserreich Japan, Korea und der Volksrepublik China finanziert; Pitschas gehörte

zum Kreis der für dieses Projekt verantwortlichen Antragsteller. Er selbst hielt auf der Tagung einen Vortrag über die „Aus- und Weiterbildung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft im Wandel der Verwaltungssysteme und ihrer rechtlichen Grundlagen“. Der Vortrag wird zugleich in japanischer und in chinesischer Sprache veröffentlicht werden. Weitere Vorträge wurden von Universitätslehrern und Praktikern der beteiligten Staaten gehalten, darunter vom Direktor des Instituts für Chinesische Justiz und von Prof. Dr. Han Da Yuan von der Renmin Universität, Beijing/Volksrepublik China.

Vorträge in Tiflis

Im Rahmen der Konferenz „Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ hielt Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr an der Tbilisi State University in Tiflis, Georgien, am 3. Oktober 2008 einen Vortrag über „Die Rolle wirtschaftswissenschaftlicher Inhalte in Aus- und Weiterbildungskonzeptionen von Beamten“. Am gleichen Tag referierte dort Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann über „Internationale Zusammenarbeit in der Verwaltungsreform sowie der begleitenden Aus- und Fortbildung für den öffentlichen Dienst“.

Vortragsreise nach China

Am 13. Oktober 2008 referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber an der China National School of Administration in Peking zum Thema „Theory and practice of financial transfer payments in multi-level government systems“. Am 16. Oktober 2008 folgte ein Vortrag zum Thema „Theory and practice of financial transfer payments in multi-level government systems“ an der Xiamen University. Am Shanghai Administration Institute referierte Färber

dann am 21. Oktober 2008 über das Thema „Theory and practice of financial transfer payments in multi-level government systems“ und am 23. Oktober 2008 zum Thema „Die soziale Sicherung der Verwaltungsbeamten in Deutschland“.

Derecho administrativo y control administrativo

Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann referierte am 17. Oktober 2008 im Rahmen eines Seminars zum Thema „Estado de Derecho y tutela judicial de los ciudadanos en Europa y en América Latina“ am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung über „La sincronización del desarrollo del Derecho administrativo y del control administrativo“.

Vorträge in Italien

Am 30. Oktober 2008 hielt Univ.-Prof. Dr. Sommermann an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Trient einen Vortrag zum Thema „Anfechtbarkeit und Bestandskraft von Verwaltungsakten: zum Verhältnis von Primär- und Sekundärrechtsschutz“. Am 31. Oktober 2008 sprach er dann im Rahmen einer Tagung der EURAC (Bozen) über „Diritto e riforme elettorali in Austria ed in Italia – Wahlrecht und Wahlrechtsreform in Österreich und Italien“ zu „Wahlen und Abstimmungen in der vergleichenden Demokratieforschung“.

Vortrag in China zu kommunalen Einnahmen und Stadtentwicklung

Als Teilnehmer der deutschen Delegation zum World Urban Forum 4 von UN-Habitat vom 3. bis 6. November 2008 in der Stadt Nanjing (Volksrepublik China) referierte Prof. Dr. Gunnar Schwarting im Rahmen einer Veranstaltung mit dem Titel „Financing Urban Infrastructure“ gemeinsam mit einem Kollegen des serbischen Städteta-

ges über die Bedeutung eigener kommunaler Einnahmen für die Stadtentwicklung.

Enquetekommission

In Schwerin war Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 7. November 2008 Sachverständige bei der Anhörung der Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ zur „Einkreisung kreisfreier Städte in Mecklenburg-Vorpommern“.

Erfurt

„The Objectives of the European Union“ lautete der Titel des Vortrages, den Univ.-Prof. Dr. Sommermann am 7. November 2008 im Rahmen eines Kolloquiums zum Thema „The Constitutional Structure of the European Union after the Treaty of Lisbon“ an der Universität Erfurt hielt.

Erwerbstätigensicherung

Auf der Gemeinschaftstagung „Zukunft der Alterssicherung – Alterssicherung hat Zukunft“ von Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB in Berlin hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 12. November 2008 einen Vortrag zum Thema „Einbeziehung von Beamtinnen / Beamten in die Erwerbstätigensicherung“.

Vortrag zum Steuersystem

Im Rahmen des Fachgesprächs „Bitte UmSteuern! – Wie geschlechter(un)gerecht ist unser Steuersystem?“ referierte Univ.-Prof. Dr. Färber am 12. November 2008 am Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, über das Thema „Genderperspektiven des Ehegattensplittings“.

Wirtschaftsfaktor Finanzausgleich

Im Rahmen des Workshops „Globalisierung als Herausforderung

für die Verwaltung“ / Deutschland – Vietnam der BAKöV in Berlin hielt Univ.-Prof. Dr. Färber am 20. November 2008 einen Vortrag zum Thema „Finanzausgleich als Wirtschaftsfaktor“.

Seminar für Führungskräfte aus Moskauer Bezirken

Zu Aspekten der „Partnerschaft von Kommunalverwaltungen und gemeinnützigen Organisationen“ stand Privatdozent Dr. Christian Koch Rede und Antwort im Rahmen eines Seminars für Führungskräfte aus Moskauer Bezirken in der „Deutsche Management Akademie Niedersachsen gGmbH“, im Schloss Celle am 24.11.2008. Nachgefragt wurden gängige ebenso wie innovative Formen des Zusammenwirkens von Politik, Verwaltung, Bürgerschaft und Non Governmental-/Non Profit-Organisationen im kommunalen Wirkungsfeld sowie Methoden und Instrumente zivilgesellschaftlichen Engagements (Bürgerversammlungen, Einwohnerfragestunden, Auslegung von Plänen, Mediation, Bürgerforen, Bürgerbegehren, e-Partizipation, Open Space/-Online, Bürgernetze, Planning for Real, Planungszellen, Bürgergutachten, Zukunftswerkstätten, etc.).

Spende für die Bibliothek

Am 24. und 25. November 2008 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow in Kooperation zwischen der Arbeitsgemeinschaft Verwaltungsrecht Rheinland-Pfalz im Deutschen Anwaltverein und der DHV Speyer die 20. Fortbildungsveranstaltung Verwaltungsrecht zum Thema „Verwaltungsprozessrecht“ statt. Wie in jedem Jahr bestand für Hörerinnen und Hörer die rege nachgefragte Möglichkeit, gegen einen symbolischen Teilnehmerbetrag an dieser mit hochrangigen Referenten (Richter am BVerfG, Richter am BVerwG, Prä-

OVG Prof. Dr. Meyer, Vorsitzende Richter am OVG u. a.) teilzunehmen. Anlässlich des Jubiläums der seit 10 Jahren in Speyer durchgeführten Tagungsreihe überreichte RA Dr. Montag für die ARGE Verwaltungsrecht eine Spende zur Unterstützung der Arbeit der Hochschulbibliothek.

Katalonisches Parlament

Zum Thema „El gobierno local en Alemania – ¿que cambios?“ referierte Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann am 25. November 2008 im Rahmen einer Tagung des Parlaments von Katalonien über „L'Estatut i els governs locals en el model territorial de Catalunya“ (Das Statut der Kommunen in der territorialen Ordnung von Katalonien), in Barcelona.

WSI-Herbstforum

Auf dem WSI-Herbstforum „Die Rückkehr des Staates – Öffentliche Verantwortung für Wirtschaft und Beschäftigung“ der Hans-Böckler-Stiftung in Berlin referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 27. November 2008 über das Thema „Öffentlicher Investitionsbedarf im Bildungsbereich“.

Vortrag zur Beamtenversorgung

Frau Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber hielt am 10. Dezember 2008 im Rahmen der Veranstaltung „Die Alterssicherungssysteme auf dem Prüfstand“ des Beamtenbundes Baden-Württemberg in Stuttgart einen Vortrag zum Thema „Probleme der Beamtenversorgung“.

Besuch aus Japan

Vom 18. bis 20. Dezember 2008 besuchte Univ.-Prof. Shigeo Kisa von der Kyushu Universität in Fukuoka/Japan die DHV Speyer und den Lehrstuhl von Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas. Gegenstand des Be-

suchs war die Vorbereitung eines weiteren Forschungsprojekts und des diesbezüglichen Antrags auf Finanzierung durch das Kaiserreich Japan sowie weitere Geberländer zum Thema der „Aus- und Weiterbildung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in der Europäischen Union und in Japan, der Volksrepublik China, Taiwan und Korea“. Die wesentlichen Grundvorstellungen für dieses Projekt, das an ein vorausgegangen ähnliches Projekt anschließen soll und sich schwerpunktmäßig der Entwicklung der rechtlichen Strukturen für den öffentlichen Dienst in der Volksrepublik China aus asiatischer Perspektive zuwenden wird, wurden gemeinsam besprochen. In die geplanten Untersuchungen sollen empirische Ansätze zur Ermittlung des Wissensstandes über das geltende Recht bei den öffentlichen Bediensteten der beteiligten Ländern sowie in den Schulen einzelner Staaten enthalten sein.

Kassenarztrecht

Am 6. November 2008 nahm Herr Prof. Dr. Dr. h. c. R. Pitschas als Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht e. V. an dem in Berlin veranstalteten Symposium „Die Insolvenz von Krankenkassen – Voraussetzungen und Auswirkungen“ mit eigenen Diskussionsbeiträgen teil. Es handelte sich um eine der für Anwaltschaft, Ärzteschaft und gesetzliche Krankenversicherung zentralen Veranstaltungen im Gesundheitswesen. Als Referenten sprachen u. a. ehemalige Absolventen des Speyerer Magisterstudiums. Das Programm des Symposiums gab im formellen wie im informellen Teil Gelegenheit, die Sozial- und Gesundheitskompetenz der DHV Speyer in zahlreichen Gesprächen und Begegnungen von Wissenschaft und Praxis in Erinnerung zu rufen.

Am 18. November 2008 fand in Berlin das von der DHV Speyer und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung zum zweiten Mal veranstaltete gemeinsame Symposium zu rechtlichen Fragen, politischen Implikationen und Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf die vertragszahnärztliche Versorgung in Deutschland statt. Für die DHV Speyer nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. R. Pitschas als Moderator des Symposiums und Referent über Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Einführung und der praktischen Anwendung der elektronischen Gesundheitskarte teil. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Thema „Die elektronische Gesundheitskarte in der vertragsärztlichen Versorgung“. Die Veranstaltung gab Gelegenheit, eine Reihe derjenigen Referendare und Referendarinnen in Berlin wiederzutreffen, die an der DHV Speyer an dem Ergänzungsstudium teilgenommen hatten und nunmehr in der Sozial- und Gesundheits- bzw. Arbeitsverwaltung des Bundes und der Länder oder auch in Verbänden und Kassen dieses Politik- und Verwaltungssektors arbeiten.

Vom 26. bis 27. November 2008 nahm Pitschas dann an der von der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung in Köln veranstalteten 10. Hochschulelehrrtagung 2008 teil. Gegenstand der Tagung war die umfangreiche Gesundheitsgesetzgebung der letzten Jahre einschließlich des „Gesetzes über die Organisation und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“. Die mit dieser Gesetzgebung einhergehenden rechtlichen Streitfragen wurden von den anwesenden zahlreichen Hochschullehrern intensiv diskutiert.

Positive Jahresbilanz

Im IV. Quartal 2008 feierte die Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung (WiDuT) ihren nun-

mehr 12. Geburtstag. Für das von den WiDuT - Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern beim Bund und den Ländern in dieser Zeit entgegengebrachte Vertrauen sowie ihr Engagement möchte sich das gesamte WiDuT-Team herzlich bedanken! Besonders hat sich WiDuT in 2008 über das steigende Interesse an ihren Leistungen gefreut. So konnte WiDuT in 2008 bspw. stetig steigende Zugriffszahlen auf die Website und somit wachsendes Interesse an dem vorhandenen und ausgebauten Informationsangebot verzeichnen. Während noch im Januar 2008 ca. 1700 Zugriffe pro Monat gezählt werden konnten, waren es im zweiten Halbjahr 2008 durchschnittlich 3300 Zugriffe pro Monat. Auch in diesem Jahr wird WiDuT weitere Maßnahmen einleiten, um den eigenen Webauftritt für die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner noch attraktiver und informativer zu gestalten. Die Einführung eines interaktiven Tagungskalenders sowie eines Info - Portals zu Web 2.0 waren hierfür erste Schritte. Zudem führte WiDuT im IV. Quartal 2008 eine schriftliche Kundenzufriedenheitsumfrage durch. Die Rücklaufquote war hier mit 63 % sehr erfreulich. Die Ergebnisse der Umfrage stehen allen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern mittlerweile in der WiDuT - Datenbank zur Verfügung. Basierend auf diesen Auswertungsdaten wird das WiDuT-Team gemeinsam mit den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern im Rahmen der kommenden 14. WiDuT-Arbeitstagung moderne und innovative Zukunftsszenarien für WiDuT entwickeln. Die Arbeitstagung wird am 23. und 24. März 2008 unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill in Kiel stattfinden und mit weiteren attraktiven Themen wie „Internationale Entwicklungen im Bereich der Verwaltungsmodernisierung – neue Impulse für die deutsche Verwaltung“ oder „Stand und

Entwicklungen im Bereich der Fachaufsicht“ aufwarten. Die Auswahl der inhaltlichen Schwerpunkte für die Tagung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Zielgruppe und konnte so bedarfsgerecht auf die Wünsche der Besucherinnen und Besucher abgestimmt werden. Mehr Infos und aktuelle Hinweise erhalten Sie unter: <http://foev.dhv-speyer.de/widut>.

Vorträge zum Luftverkehr

Am 4. Januar 2009 hat Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr in San Francisco, USA, bei der Allied Social Sciences Association (ASSA) Annual Meeting 2009, innerhalb der Transport and Public Utilities Group (TPUG) zusammen mit Andreas Arndt und Alexander Eisenkopf einen Vortrag gehalten zum Thema „Fragmentation of Transatlantic and Transpacific Air Transport Markets – Wither The Hubs?“. An der Universität Karlsruhe sprach Knorr am 13. Januar 2009 über das Thema „Die Beihilfenaufsicht der EU im Luftverkehr – einige kritische Anmerkungen zur Charleroi-Entscheidung der EU-Kommission“.

Besuch aus Stanford

Auf Einladung der DHV Speyer und des FÖV hielt sich Professor John Meyer, Stanford University, vom 14. bis 17. Januar 2009 in Speyer auf. Meyer ist emeritierter Professor für Soziologie und Mitglied des Center on Democracy, Development, and the Rule of Law in Stanford. Mit seinen Arbeiten zählt er zu den weltweit führenden sozialwissenschaftlichen Globalisierungsforschern und Institutionentheoretikern. Am 15. Januar 2009 hielt er im Vortragssaal des Gästehauses einen Vortrag zum Thema „World Society and Higher Education: Institutional Theories“. Im Frühjahr 2009 wird eine umfangreiche eng-

lischsprachige Ausgabe seiner Arbeiten bei Oxford University Press unter dem Titel „World Society: The Writings of John Meyer“ erscheinen, die von Univ.-Prof. Dr. Georg Krücken (DHV Speyer) und Prof. Gili Drori, Ph.D (Stanford University) herausgegeben wird. Sein Besuch in Speyer diente vor allem dazu, mögliche zukünftige Kooperationen im Bereich der vergleichenden Globalisierungs- und Institutionenforschung abzusprechen.

Vortrag in Odessa

Auf Einladung der Nationalen Akademie für Verwaltung des Präsidenten der Ukraine – Odessaer Regionales Institut für Öffentliche Verwaltung (ORIV) in Odessa hat Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr am 21. Januar 2009 einen Vortrag über „Die Entscheidungsprozesse in den Verwaltungen der Europäischen Union“ gehalten.

Vortrag über europäische kritische Infrastrukturen

PD Dr. Christian Koch referierte über „Europäische kritische Infrastrukturen: Bemühen um eine Schutzkonzeption“ am 20. Januar 2009 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg; Gegenstand war die Richtlinie 2008/114/EG des Rates vom 8. Dezember 2008 über die Ermittlung und Ausweisung europäischer kritischer Infrastrukturen und die Bewertung der Notwendigkeit, ihren Schutz zu verbessern (ABl.EU Nr. L 345 v. 23.12.2008, S. 75 ff.); es wird ein Verfahren zur Ermittlung und Ausweisung europäischer kritischer Infrastrukturen (solche, deren Störung oder Zerstörung erhebliche Auswirkungen in mindestens zwei Mitgliedstaaten hätte) sowie ein gemeinsamer Ansatz für die Bewertung der Notwendigkeit eines besseren Schutzes derartiger Infrastrukturen eingeführt,

zunächst beschränkt auf die Bereiche Energie (Strom, Öl, Gas) und Verkehr (Straße, Schiene, Luft, Binnen-, Hochsee- und Küstenschifffahrt, Häfen).

Forschungsreise nach Indien und Sri Lanka

Vom 12. Februar bis 1. März 2009 besuchte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf einer Dienstreise die südasiatischen Staaten Indien und Sri Lanka. Auf Einladung der Universität Madras und des autonomen Madras Christian Colleges hielt er sich zunächst vom 13. Februar bis 19. Februar des Jahres in Madras/Chennai zu einzelnen Vorträgen auf. Die Einladungen hatte Herr Dr. William Gnanasekaran aus dem Madras/Christian College in Tambaram vermittelt. Herr Dr. Gnanasekaran war von 1988 bis 1990 Magisterstudent an der DHV Speyer; er hatte im Anschluss daran mehrere Jahre im Sozialsektor Deutschlands praktisch gearbeitet.

Am 16. Februar 2009 sprach Pitschas in der Universität von Madras (Chennai) über das Thema „Indo-German Development Policy in the Context of Globalization“; dem Vortrag folgte eine zweistündige Diskussion. Am 17. Februar 2009 stattete Herr Pitschas dem Madras Christian College und den dort am Department of Public Administration tätigen Kolleginnen und Kollegen einen längeren Informationsbesuch ab. Er sprach sodann am 18. Februar in einer Tagung am Madras Christian College und gemeinsam mit dem deutschen Generalkonsul und weiteren Referenten über den „Impact of Globalization on Indian Administration and the European Trends“ und verdeutlichte die Einflüsse der Globalisierung auf die indische Verwaltung mit besonde-

rer Betonung des Personalsektors und der informationstechnologischen Ausstattung.

Vom 19. Februar 2009 bis zum 28. Februar 2009 unternahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas dann auf Einladung des Vorsitzenden der Public Enterprises Reform Commission of Sri Lanka, Herrn W. A. S. Perera, Mag. rer. publ., eine entwicklungspolitische Vortragsreise nach Sri Lanka. Dort hielt er am 20. Februar 2009 in Colombo vor der Kommission einen Vortrag zum Thema „Infrastructural Development and Human Resources Management in Sri Lanka in Comparison to Germany“. Im Anschluss daran lud der „National Water Supply and Protection Board“ zu einer Besichtigung der Wasserbetriebe in Sri Lanka ein. In einem der Zentren der Wasserwirtschaft, der Stadt Anuradhapura, hielt Pitschas dann einen Vortrag über die „Organisation der Daseinsvorsorge in Deutschland am Beispiel der Wasserwirtschaft“ mit anschließender Diskussion. Besucht wurde schließlich die älteste und größte Universität in Sri Lanka in Kandy (University of Peradeniya Sri Lanka).

Vortrag in Radein

Auf dem 42. Forschungsseminar Radein im italienischen Radein referierte Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr am 20. Februar 2009 über das Thema „Qualitätssicherung durch Akkreditierung?“.

Universität Jaume I

Am 5. März 2009 sprach Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann im Rahmen des europäischen Seminars „Derecho Administrativo de la información y Administración transparente: Hacia un nuevo modelo de Administración Pública“ an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Jaume I, Castellón (Spanien) zum

Thema „La exigencia de una Administración transparente en la perspectiva de los principios de democracia y del Estado de derecho“.

60 Jahre ÖVG

Über die „Zukunft der Verwaltungswissenschaften“ referierte Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann am 17. März 2009 im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung „60 Jahre Österreichische Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft (ÖVG)“ der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft, Wien.

Energiewirtschaft zwischen Wirtschafts- und Energiekrise

Am 27. März 2009 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. R. Pitschas an der Jahresfachtagung der überregionalen Rechtsanwaltskanzlei Becker-Büttner-Held in Berlin zum Thema „Globale Entwicklung und lokales Handeln – die Energiewirtschaft zwischen Wirtschafts- und Energiekrise“ mit einem eigenen Diskussionsbeitrag teil. Die Veranstaltung bot Gelegenheit, einige der Referendare und Referendarinnen aus seinem internationalen Wirtschaftsrechtsseminar in Speyer als junge Wirtschaftsrechtsanwälte/innen in Berlin wiederzutreffen.

Sozialrechtslehrertagung

Vom 30. bis 31. März 2009 fand in Köln die 11. Sozialrechtslehrertagung mit dem Thema „Sozialrecht in Europa“ statt. Die Veranstaltung wird alle drei Jahre vom Deutschen Sozialrechtsverband e. V. ausgerichtet. Sie stand in diesem Jahr in unmittelbarem Zusammenhang mit dem 7. Kölner Sozialrechtstag, der „Neue Herausforderungen für die Krankenversicherung“ behandelte. Auf der Sozialrechtslehrertagung treffen sich die an den deutschen Universitäten und Fachhochschulen

tätigen Lehrer des Sozialrechts zu intensiven Diskussionen über nationale, supra- und internationale Entwicklungsfragen des Sozial- und Gesundheitsrechts. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas gehörte zu den Referenten, die über das „Sozialrecht in Europa“ sprachen.

Handbuch

„Grundrechte in Österreich“

In der Reihe des von o. Univ.-Prof. em. Dr. Dr. Detlef Merten zusammen mit Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier herausgegebenen Handbuchs der Grundrechte in Deutschland und Europa wird Band VII/1: Grundrechte in Österreich Anfang Mai 2009 mit einem Umfang von ca. 640 Seiten vorliegen. Dieser Teilband ergänzt den bereits im Jahr 2006 erschienenen Band VII/2 zu den Grundrechten in der Schweiz und in Liechtenstein. In 16 Einzelbeiträgen wird die Entwicklung der Grundrechte in Österreich samt ihren praktischen Folgen dargelegt. Für die europäische Verfassungsvergleichung ist die österreichische Grundrechtsentwicklung angesichts gemeinsamer Wurzeln und Rechtsquellen von besonderer Bedeutung. Mit diesem Band wollen Herausgeber und Wissenschaftlicher Beirat auch ihres am 1. Dezember 2008 verstorbenen Salzburger Kollegen *Heinz Schäfer* gedenken, zugleich Mitautor und Koordinator dieses Bandes.

11. Speyerer Demokratietagung Integrität in Staat und Wirtschaft

Zum inzwischen bereits 11. Mal fand vom 23. bis 24. Oktober 2008 die Speyerer Demokratietagung statt. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim widmete sie sich in diesem Jahr dem Thema der Integrität in Staat und Wirtschaft.

Das Thema „Integrität“ hat in jüngerer Zeit einen unübersehbaren Aufschwung genommen, nicht nur in öffentlicher Verwaltung, Politik und Wirtschaft, sondern auch in der Wissenschaft. Hier findet unter Stichwörtern wie „public integrity“, „public sector ethics“ und „business ethics“ eine intensive Diskussion um unterschiedliche theoretische Ansätze und praktische Empfehlungen zur Sicherung der Integrität von Amtsträgern und Wirtschaftsfunktionären in Staat und Wirtschaft statt.

Ziel der 11. Demokratietagung war es, einen Einblick in den gegenwärtigen Stand der Debatte zu geben und sowohl sektor- als auch disziplinenübergreifende Analysen und Verbesserungsvorschläge zu erlauben. Bei der Auswahl der Vorträge wurde – wie auch in früheren Tagungen – Wert gelegt auf einen Wechsel zwischen praxisorientierter und wissenschaftstheoretischer Perspektive, um durch eine solche Zusammenschau eine Plattform für den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis zu bieten. Das ungewöhnlich breite inhaltliche Spektrum der Vorträge belegt, dass auch in diesem Jahr dieses Ziel erreicht wurde. So ging es unter anderem um Schattenwirtschaft in Deutschland, um Wahrnehmungsprobleme oder Systemdefizite bezüglich Korruption in der Wirtschaft, um Konzepte und empirische Befunde zur psychologischen Vorhersage abweichenden Verhaltens im Beruf um das Verhältnis von Religion und Integrität, um Integrität in der öffentlichen Verwaltung, um Verwaltungsmodernisierung und neue Integritätsanforderungen im öffentlichen Dienst oder um die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Korruptionsbekämpfung.

Genau wie die Tagungsbände zu den früheren Speyerer Demokratietagungen soll der zur dieser Tagung im Verlag Duncker & Humblot erscheinen. Die früheren Tagungen behandelten die Themen Demokratie vor neuen Herausforderungen (1997), Adäquate Institutionen: Voraussetzungen für „gute“ und bürgernahe Politik? (1998), Direkte Demokratie (1999), Politische Klasse und Verfassung (2000), Reform der Par-

teidemokratie (2001), Korruption in Politik und Verwaltung (2002), Die deutsche Krankheit: Orga-



Interessante Vorträge zum Thema Integrität in Staat und Wirtschaft Foto: DHV

nisierter Unverantwortlichkeit? (2004), Korruption (2005), Defizite in der Korruptionsbekämpfung und der Korruptionsforschung (2006) und Defizite in Staat und Verwaltung (2007).

Am Rande der Veranstaltung überreichte Univ.-Prof. Dr. von Arnim Dr. Hans Rummer, Präsident des Bundesamtes für Wirtschaft a. D. den Hochschulteller als Anerkennung für seine langjährige Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen der DHV Speyer.



Univ.-Prof. Dr. von Arnim bei der Übergabe des Hochschultellers an Dr. Hans Rummer, Präsident des Bundesamtes für Wirtschaft a. D. (r.) Foto: DHV

Neue Tagungsreihe erfolgreich eröffnet
1. Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen –
Wegerechte für Telekommunikationslinien
auf öffentlichen Straßen und Plätzen

Die von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens ins Leben gerufene Tagungsreihe „Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen“ hat sich mit der Auftaktveranstaltung „Wegerechte für Telekommunikationslinien auf öffentlichen Straßen und Plätzen“ am 18./19. September 2008 als interessante Plattform für den notwendigen Austausch von Kommunen und privaten Akteuren über rechtliche Fragen der infrastrukturfördernden und infrastrukturgestaltenden Tätigkeit der Kommunen erwiesen.

Rund 100 von Kommunen, Landesstraßenverwaltungen und Telekommunikationsunternehmen entsandte Teilnehmer erarbeiteten gemeinsam mit den Referenten wissenschaftlich fundierte und praxisadäquate Lösungsstrategien zu aktuellen praktischen Problemen und Detailfragen der Nutzungsberechtigung der Telekommunikationsunternehmen nach §§ 68 ff. TKG. Konkret ging es u. a. um die Pflichten der nutzungsberechtigten Telekommunikationsunternehmen gegenüber den kommunalen Wegebausträgern und ihre Durchsetzung, die neueren Entwicklungen zum Folgekostenrecht und die Besonderheiten der Nutzungsberechtigung nach § 68 TKG bei Neubaugebieten. Probleme ergeben sich in diesen Bereichen insbesondere dadurch, dass für die Verlegung und Nutzung von Telekommunikationslinien auch heute noch die Vorschriften gelten, die ursprünglich auf einen einzigen Nutzungsberechtigten, die Deutsche Bundespost, zugeschnitten waren. Allerdings können aufgrund des in den 80er Jahren eingeleiteten Reformprozesses und inzwischen fortgeschrittenen Infrastrukturwettbewerbs nunmehr zahlreiche private Unternehmen das Wegerecht geltend machen. Ihr Handeln dürfte im Unterschied zu dem der Deutschen Bundespost als staatliches Unternehmen wohl vornehmlich durch Wirtschaftlichkeit und gerade nicht unmittelbar durch Gemeinwohlverpflichtung bestimmt sein.

Eröffnet wurde das fachliche Programm mit Vorträgen über die Grundlagen und Rahmenbedingungen der Nutzungsberechtigung nach §§ 68 ff. TKG. Zunächst beleuchtete Winfried Ulmen vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die europarechtlichen Vorgaben der Telekommunikationswegerechte und ihre Umsetzung in das nationale Recht. Nach der Aufgabenbeschreibung der Bundesnetzagentur in diesem Zusammenhang durch Helmut Schadow, Leitender Regierungsdirek-

tor der Bundesnetzagentur, erläuterte Michael Sauthoff, Vizepräsident am Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern, Voraussetzungen und Inhalt von Zustimmungsbescheiden nach § 68 Abs. 3 TKG. Den ersten Teil der Veranstaltung abschließend skizzierte Dr. Caspar David Herrmanns, Rechtsanwaltskanzlei Dr. Herrmanns & Partner, Möglichkeiten für die Durchsetzung der Pflichten der Telekommunikationsunternehmen durch den Wegebausträger. Gegenstand des zweiten Teils der Tagung war die Verlegung von Telekommunikationslinien in einem Infrastrukturkanal als alternative Verlegungsform und deren Vor- und Nachteile gegenüber der Verlegung in herkömmlicher Bauweise. In diesem Rahmen erörterte Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Gemeinde bei der Errichtung eines Neubaugebietes die tatsächliche Nutzung eines solchen unterirdisch gelegenen, begehbaren Leitungsgangs durch die Telekommunikationsunternehmen sicher stellen kann. Vorgestellt wurde der Speyerer Infrastrukturkanal, der im Anschluss an den ersten Veranstaltungstag besichtigt wurde, von seinem Entwickler und Erbauer Frank Dupré, C. Dupré Bau GmbH & Co. KG. Der dritte Teil der Veranstaltung widmete sich den aus den Telekommunikationswegerechten (§§ 71, 72 und 76 TKG) sowie den Regelungen außerhalb des TKG erwachsenden Folgepflichten, die Joachim Majcherek, Justizariat Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, aus Sicht der Straßenbauverwaltung und Sven-Eric Heun, Rechtsanwaltskanzlei Willkie Farr & Gallagher LLP, demgegenüber aus der Perspektive der anwaltlichen Praxis behandelten. Abgerundet wurde die Veranstaltung schließlich durch den Vortrag von Dr. Klaus Ritgen vom Deutschen Landkreistag über die Schaffung von Breitband-Internetverbindungen im ländlichen Raum als kommunale Aufgabe.

Im Rahmen der sich jeweils an die Referate anschließenden Diskussionen wurde besonders deutlich, dass die §§ 68 ff. TKG für Wegebausträger ebenso wie für Telekommunikationsunternehmen zu zahlreichen praktischen Problemen tatsächlich keine hinreichenden Lösungen bereithalten. Beispielsweise sei etwa das Verhältnis des TKG zu teilweise konkurrierenden planungsrechtlichen Vorschriften und Regelungslücken im Bereich einzuhaltender Fristen, der Durchführung von Ersatzvor-

nahmen, der Dokumentationspflicht verlegter Telekommunikationslinien etc. genannt. Dementsprechend wurde von Seiten beider Akteure eine enge Kooperation im Vorfeld wegerechtsrelevanter Verlegungs- und Änderungsarbeiten gefordert.

Nicht nur die Themenvielfalt und gelungene Zusammenstellung der Referenten, die zum Teil aus ganz unterschiedlichen Perspektiven an die aufgeworfenen Fragestellungen herantraten, sondern gerade auch das „Zur Verfügung Stellen“ einer gemeinsamen Diskussionsplattform für Kommunen und private Unternehmen sorgten für einen gelungenen Auftakt der Tagungsreihe, die am 17./18.

September 2009 mit den „2. Speyerer Tage[n] zu kommunalen Infrastrukturen – Friedhofs- und Bestattungswesen als kommunale Aufgabe“ fortgeführt wird.

Die Präsentationen der Referenten sind auf der Homepage von Univ.-Prof. Dr. Stelkens unter folgendem Link abrufbar:

<http://www.dhv-speyer.de/stelkens/Infrastrukturen1.htm>.

Ausführliche Tagungsberichte sind in der NVwZ 2009, S. 90-92 und DVBl. 2009, S. 300-301 abgedruckt.

Olivia Seifert

Chancen und Stolpersteine auf dem Weg der kommunalen Energieversorger in den Wettbewerbsmarkt



Leitung des dritten Speyerer Energieforums am 18. und 19. September 2008

Foto: DHV-Archiv

Auf dem dritten Speyerer Energieforum diskutierten rund 60 Fachleute der kommunalen und nationalen Energieversorger, aus Verbänden, Regulierungsagenturen und Wissenschaft, welche Strategien Stadtwerke nutzen können, um auch künftig am Markt bestehen zu können. Seit der Veröffentlichung der genehmigten Netzentgelte für den Strom- und Gasmarkt durch die Bundesnetzagentur hat sich die Lage für die deutschen kommunalen Versorger geändert. Die konkreten Zahlen verschafften zwar Gewissheit über die zukünftige Investitionsfähigkeit der Unternehmen im Netz, warfen aber gleichzeitig die Frage nach möglichst zeitnah umsetzbaren Kostensenkungsstrategien im Infrastrukturbereich auf. Gleichzeitig entstanden durch die weiter steigenden Energiepreise am Großhandelsmarkt neue Herausforderungen, die Bezugs- wie die Vertriebsstrukturen weiter zu optimieren.

Diese und andere Fragen waren Gegenstand des Dialogs zwischen den betroffenen Unternehmen, Verbänden des Energiesektors und Vertretern der Aufsichts- und Regulierungsbehörden auf dem dritten Energieforum. Ein zentraler Diskussionspunkt im Rahmen der Veranstaltung waren die Chancen und Risiken des Ausbaus der Eigenerzeugung und des Ausbaus der Wertschöpfungskette durch Energiedienstleistungen. Prof. Dr. Dorothea Jansen, Organisatorin der Tagung und Leiterin eines von der VolkswagenStiftung geförderten Forschungsprojekts zur Rolle von Stadtwerken im liberalisierten Energiemarkt, betonte in ihrer Einleitung, dass der Einstieg in bzw. Ausbau der Eigenerzeugung ebenso wie die Verlängerung der Wertschöpfungskette um kundenorientierte Energiedienstleistungen sich als wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg von Stadtwerken im Markt gezeigt haben. Ferner

könne es Stadtwerken mittelfristig nur gelingen, die erforderlichen Skalenökonomien in den wettbewerbsorientierten Geschäftsbereichen Erzeugung, Einkauf/Portfoliomanagement und Vertrieb/Energiedienstleistungen zu heben, wenn sie sich verstärkt in Kooperationen oder Fusionen zusammenschließen. Erste Schritte in diese Richtung ließen sich schon feststellen. Die Analysen der Beteiligungsstrukturen der Stadtwerke zeigen, dass nicht nur die regionalen Töchter der vier großen Energieverbundunternehmen (RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall) zahlreiche Beteiligungen auf kommunaler Ebene aufweisen; auch größere Stadtwerke sind mit anderen Stadtwerken gut vernetzt.

Auf großes Interesse stießen die Vorträge aus der Bundesnetzagentur und dem Bundeskartellamt am ersten Tagungstag. Neben dem Dialog zwischen betroffenen Unternehmen und Regulierern nahm der Erfahrungsaustausch zwischen den kommunalen Energieversorgern zu Fragen der Eigenerzeugung, der Verlängerung der Wertschöpfungskette durch Energiedienstleistungen und den Effizienzen von Kooperationen und verfügbaren Gestaltungsoptionen einen breiten Raum ein. Die Möglichkeiten zur Kooperation reichen hier von Einkaufsgesellschaften über Kraftwerksbeteiligungen und Vertriebskooperationen bis hin zu Netzgesellschaften als Teil einer „shared service“-Strategie. Aus Sicht der kommunalen Energieversorger wie der Regulierer werden Netzgesellschaften sich als probate Lösung zur Hebung von Effizienzreserven im Netzbereich etablieren. Kritischer wurde dagegen vor allem von Seiten der Politik das Geschäftsfeld Energiedienstleistungen gesehen. Auch wenn häufig erst das Engagement der Stadtwerke in diesem Geschäftsfeld, die regelmäßig das lokale Handwerk einbeziehen, dieses auf neue Techniken und Geschäftsfelder vorbereitet und integriert, können hier aus dem Gemeindefeld wirtschaftsrecht Stolpersteine für unternehmerische Stadtwerke mobilisiert werden.

Dass kommunale Energieversorger in Zukunft in stärkerem Maße kooperieren müssen, war unumstritten Konsens des Forums. Allerdings zeigten die vorgestellten Fallbeispiele auch die Fallstricke für Kooperationsvorhaben. Hier gilt es die kommunalen Anteilseigner rechtzeitig und mit realistischen Szenarien ins Boot zu holen, sensible Fragen wie das Spannungsverhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Effizienzgewinnen, Standortwahlen und regionaler Wertschöpfung deutlich abseits von Kommunalwahlen zu lösen, und die Probleme des Umgangs mit der Einbindung bereits vorhandener Beteiligungen und Kooperationen der neuen Partner sowie die Offenheit für weitere Partner zu klären.

Fokus der abschließenden Podiumsdiskussion mit Vertretern des Bundeskartellamtes, der Monopolkommission, der großen Vorversorger und von horizontalen Kooperationsgesellschaften war nochmals die Auslotung von Möglichkeiten und Grenzen von Fusionen, Beteiligungen, Kooperationsgesellschaften. Während

Kooperationsvorhaben von Stadtwerken im Netzbereich, aber auch in Beschaffung und Vertrieb grundsätzlich auf eine wohlwollende kartellrechtliche Prüfung rechnen können, stellen Beteiligungen von marktbeherrschenden Vorversorgern aus der Sicht des Kartellsamts wegen der vermuteten Abschottung des Marktes nach wie vor Hinderungsgründe dar. Diese Einschätzung rief im Podium wie im Plenum Widerspruch sowohl der großen Versorger als auch der Stadtwerke hervor: man unterschätze damit das Ausmaß des Wettbewerbs am Beschaffungsmarkt und vernachlässige, dass das Portfoliomanagement der Stadtwerke in der Regel unabhängig vom Vorversorger sei.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Liberalisierung des Energiemarktes insgesamt viele Systemfragen aufwirft. Reste des alten Systems, wie Konzessionsabgabe bzw. die Verpflichtung zur Finanzierung anderer Kommunalaufgaben (Verkehr, Bäder etc.) oder das Gemeindefeld wirtschaftsrecht kollidieren mit den Anforderungen, denen sich Stadtwerke im Wettbewerb um einen liberalisierten Markt gegenüber sehen. Das zur Schaffung von Wettbewerbsmärkten notwendige Engagement der Stadtwerke auf den marktlich organisierten Wertschöpfungsstufen, insbesondere Erzeugung und Vertrieb/Energiedienstleistungen läuft Gefahr von Regeln konterkariert zu werden, die zur Begrenzung ehemals „öffentlicher“ Wirtschaft geschaffen worden sind. Umgekehrt fehlt eine klare Finanzierungslösung für nicht wettbewerblich organisierbare kommunale Infrastrukturaufgaben, was Stadtwerke unter erheblichen Druck ihrer kommunalen Anteilseigner setzt und ggf. Investitionen in das eigene Geschäft verhindert. Ähnliche Friktionen ergeben sich in der aktuellen kartellrechtlichen Praxis der Beurteilung von Kooperationsvorhaben, Beteiligungen etc. von Stadtwerken. Solche Kooperationen gerade auch zwischen den größeren Unternehmen sind notwendig für die Schaffung von wettbewerbsfähigen Unternehmen auf der kommunalen/regionalen Ebene des Energiesektors. Angesichts der hier häufig vorhandenen Beteiligungen von Vorversorgern führt die derzeitige kartellrechtliche Prüfung jedoch in der Regel zu Untersagungen wegen der Verstärkung von marktbeherrschenden Stellungen. Hier zeigen die Ergebnisse des Podiums, dass zumindest auf einigen Teilmärkten eine differenziertere Prüfung notwendig ist; im Bereich von Einkaufskooperationen kann nicht mehr unbesehen davon ausgegangen werden, dass Vorversorger-Beteiligungen an Stadtwerken diese daran hindern, ein professionelles Portfoliomanagement zu betreiben.

Diese Systemwidersprüche aufzulösen ist eine unabwendbare Aufgabe der Neugestaltung des Energiesektors. Ihre Lösung ist Voraussetzung dafür, dass Stadtwerke sich weiter zu kunden- und marktorientierten Unternehmen entwickeln und zu vollwertigen Teilnehmern im Wettbewerb werden können.

D. J.

Verwaltungsmodernisierung – Erfahrungen und Perspektiven

Vom 15. bis 17. Oktober 2008 fand die jährliche Tagung „Verwaltungsmodernisierung – Erfahrungen und Perspektiven“ unter Leitung von Prof. Dr. Hermann Hill statt. Sie erfreute sich wieder regen Zuspruchs und behandelte fünf Themenbereiche:

- Verwaltung als Service
- Moderne Organisation
- Leadership und Change
- Prozesse und eGovernment
- Personal im demografischen Wandel.

Manfred Pasutti ging auf die konkrete „Entwicklung der Leistungs- und Serviceangebote Berlins in den nächsten 5 – 10 Jahren“ ein. In Weiterentwicklung des Programms „ServiceStadt Berlin 2011“ wurde eine Projektgruppe „Berliner Verwaltung 2016“ gegründet, die sich mit den zukünftigen demografischen, technologischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Berlins auseinandersetzt. Zunächst wird der wahrscheinliche Ist-Zustand unter diesen Bedingungen ermittelt, dann wird der Idealzustand der Verwaltung festgelegt. Schließlich müssen Vorgaben entwickelt werden, welche Schritte die Berliner Verwaltung schon heute einleiten kann, um den Idealzustand zu erreichen. Im Vortrag von Dr. Jörn Klimant über „Bürokratieabbau und Wirtschaftsfreundlichkeit“ wurde dargestellt, welche Maßnahmen der Kreis Dithmarschen unternommen hat, um z. B. klein- und mittelständische Unternehmen zu unterstützen. Wichtig ist dabei in erster Linie der Dialog mit den Unternehmen, um deren Bedürfnisse herauszufinden. Es wurden u. a. ein sog. Verwaltungslotse für Existenzgründer bestellt, die Formulare vereinfacht und die Bearbeitungszeiten verkürzt. Bei externen Bewertungen schnitt das Projekt sehr gut ab. Der erste Themenbereich wurde mit Ausführungen von Friedel Heuwinkel zu „OWL 115 – Einfach mehr Service“ abgeschlossen. Unter dem Motto „Weg von den Zuständigkeiten – hin zu den Menschen“ wurde im Kreis Lippe bereits ein konkreter Umsetzungsplan für die einheitliche Behördenrufnummer erstellt. Die Testphase läuft seit 2008, Mitte 2009 soll der Echtbetrieb aufgenommen werden.

Der nächste Morgen begann mit Ausführungen von Irene Vorholz zum Thema „Mischverwaltung? – Neue organisatorische Lösungen für Hartz IV“. Nachdem das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 20. Dezember 2007 entschieden hat, dass die jetzige Organisation der ARGEen unzulässige Mischverwaltung darstellt, muss die Zuständigkeit für die Grundsicherung für Erwerbslose neu geregelt werden.

Uta Dauke sprach im Anschluss zu „Shared Services – Auslagerung und Optimierung von Gleichteilen der Aufgabenerfüllung“. Dienstleistungszentren erbringen gleichartige Leistungen für verschiedene Organisationseinheiten. Dadurch wird zum einen eine größere Spezialisierung und damit kompetente Aufgabenerfüllung gewährleistet, zum anderen können Kosten eingespart werden. Aufgaben, die für eine Wahrnehmung in Dienstleistungszentren geeignet sind, haben einen hohen Verwaltungsaufwand, sind in regelmäßigen Abständen durchzuführen und daher standardisierbar und benötigen kein spezielles Wissen aus den Organisationseinheiten vor Ort. Das Projekt „Shared Services“ auf Bundesebene ging im Herbst 2008 in die Pilotphase, aus der bis Ende 2009 konkrete Angebote erwachsen sollen.

Der weitere Verlauf des Vormittags stand unter dem Leitthema „Leadership und Change“. Nancy Treuter sprach zu „Policy Deployment – Strategie und Qualität als Prozess“. Das aus Japan stammende Instrument beschreibt, wie die Ziele einer Organisation systematisch zu finden, abzustimmen, zu bearbeiten und zu verfolgen sind. Es ist durch einen Regelkreislauf gekennzeichnet, in dem zunächst einige wenige Ziele anvisiert werden, Maßnahmen zur Zielerreichung in den Tagesablauf integriert werden und schließlich überprüft wird, ob sich ein Erfolg eingestellt hat. Der Erfolg ist von zahlreichen Faktoren abhängig, wobei es besonders auf die Unterstützung durch die Mitarbeiter auf allen Ebenen ankommt.

Auf „Organisationsentwicklung und Mikropolitik als Erfolgsfaktoren der Verwaltungsmodernisierung“ ging Kerstin Hoffmann-Peck in ihrem Vortrag ein. Sie betonte das Etablieren einer lernenden Organisation, indem gewachsene Strukturen aufgebrochen und Einstellungen und Verhalten der Beteiligten verändert werden sollen.

Die „Gemeinsame Lagebeurteilung bei der Bundeswehr als Alternative zu klassischen Command- and Control-Strukturen“ beschrieb Sebastian Schäfer. Neue Konfliktbilder und technologische Entwicklungen stellen die Bundeswehr vor neue Herausforderungen. Sie muss ihre überkommene Struktur überprüfen und statt im streng hierarchischen Aufbau zu verharren mehr auf vernetzte Operationsführung setzen.

Der nächste Block stand im Zeichen des E-Government. Andreas Donderski schilderte Erfahrungen

mit dem „Elektronischen Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem des Landes Brandenburg (EL.DOK BB)“. Aktenführung und -verwaltung sowie die (ressortübergreifende) Vorgangsbearbeitung geschehen nur noch via PC auf elektronische Weise. EL.DOK BB beinhaltet darüber hinaus ein elektronisches Kabinettsinformationssystem, das die Vor- und Nachbereitung, die Terminabstimmung und Fristenverwaltung übernimmt. Das vordergründige Ziel ist die schnelle und hohe Verfügbarkeit des Schriftgutes sowie kurze Recherchezeiten. Langfristig sollen alle Geschäftsprozesse auf Ministerialebene auf elektronischem Weg abgewickelt werden. Bisher sind die Erfahrungen mit diesem System positiv, wenn auch noch ein hoher Aufwand für Datenschutz und -sicherheit erbracht werden muss und die Mitarbeiter einer intensiven Schulung bedürfen.

Eine konkrete Anwendung des E-Government beschrieb Jürgen Siegel „(...) am Beispiel des Wohngeldes - Nutzen für Bürger/innen und Verwaltung“. Es gibt eine Wohngeld-Info-Seite, auf der sich Bearbeiter über die aktuelle Gesetzeslage informieren können, Formulare, Bearbeitungsmuster und -hinweise einsehen bzw. ausdrucken können. Wohngeldempfänger können am PC Anträge ausfüllen und erhalten dank Eingabehilfen und Plausibilitätsprüfungen schneller einen Bescheid.

Als weiteres Beispiel diente Michael Richter die „Serviceorientierte Architektur (SOA) in der Jugendhilfe“. Hier steht die Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürgern und Trägern im Vordergrund.

Den Abschluss des Tages bildete der äußerst anschauliche Vortrag von Hauke Löffler zu „Stadtwiki als regionale Informations- und Wissensdrehscheibe“. Das 2004 privat gegründete Projekt geht auf eine Studenteninitiative zurück. Heute ist es das größte existierende Stadtwiki, an dem sich dauerhaft viele Autoren beteiligen, indem sie z. B. Sehenswürdigkeiten und Restaurants beschreiben und diese mit wahren Insider-Tipps anreichern.

Das Oberthema „Personal im demografischen Wandel“ wurde begonnen mit einem Vortrag von Angelika Grubert über die „Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Neueinsteiger, insbesondere C!You Hamburg“. Angesichts der schrumpfenden möglichen Bewerberzahl für den öffentlichen Dienst müssen Neueinsteiger zunächst auf interessante Tätigkeiten im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht werden. Dies geschieht mit strategischem Ausbildungsmarketing zum einen in herkömmlicher Form in den Printmedien, zum ande-

ren im Internet und über give-aways. Dadurch sollen auch junge Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden. Unter C!You kann im Internet ein Online-Eignungstest durchlaufen werden, der über Fragen zur Allgemein- und Staatsbürgerbildung ein unverbindliches Ergebnis liefert, ob man für eine Ausbildung in der öffentlichen Verwaltung in Frage kommt.

Karin Denisow beschäftigte sich mit der erfolgreichen Gestaltung des Generationenwechsels. Sie stellte dazu die Theatermethode und den Erzählalon vor. Diese Art von Rollenspielen soll die Übergabe von Verantwortung erleichtern.

Im Vortrag „Interkulturelle Kommunikation zwischen Behördenvertretern und Migranten“ vertrat Roderich Kulbach die bei den Tagungsteilnehmern umstrittene Auffassung, die Behörde müsse sich in jedem Fall an kulturelle Erwartungen der Migranten anpassen, damit sie sich ernst genommen fühlen und sich besser integrieren.

Den Abschluss der Tagung übernahm Prof. Dr. Hermann Hill mit seinem Referat „Qualitätsmanagement im 21. Jahrhundert“, mit dem er zunächst traditionelle Qualitätssysteme und deren Schwächen aufzeigte, bevor er einen Überblick über verschiedene bis jetzt weitgehend verborgene Qualitätspotentiale gab. Bei jeder Maßnahme, die Qualitätsverbesserung im Blick hat, ist es wichtig, alle Mitarbeiter von der Relevanz ihrer Arbeitskraft zu überzeugen. Neue technologische Möglichkeiten sollten voll ausgeschöpft werden.

Die sehr praxisbezogene Tagung gab wieder interessante Einblicke in den Stand der Verwaltungsmodernisierung. Konkrete Beispiele konnten vielleicht Ideen bei einigen Tagungsteilnehmern wecken, andere konnten durch Erfahrungsaustausch Problemlösungen entwickeln. Es wurde deutlich, dass Modernisierung ein immer währender Prozess ist und jedes Jahr neue Facetten ans Licht bringt.

Herausforderung e-Government: E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems

Am 6. und 7. November 2008 fand unter Leitung von Prof. Dr. Hermann Hill, Speyer, und Prof. Dr. Utz Schliesky, Lorenz-von-Stein-Institut an der Universität Kiel, ein Symposium zur Weiterentwicklung des deutschen Rechts- und Verwaltungssystems angesichts der Herausforderungen durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien statt. Namhafte Referenten aus der Wissenschaft konnten deutschlandweit für die Veranstaltung gewonnen werden.

Das Rechts- und Verwaltungssystem kommt nicht umhin, sich an die ständig weiterentwickelten technischen Möglichkeiten anzupassen. Es werden z. B. durch Web 2.0-Anwendungen viele neue Handlungsoptionen eröffnet, die das Angebot der öffentlichen Verwaltung für den Bürger attraktiv machen. Jedoch muss bei aller Vereinfachung der Verfahrensabläufe sowohl innerhalb der Verwaltung als auch in Bezug zum Bürger immer die Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleiben.

In diesem Zusammenhang auftauchende Fragen wurden im Rahmen der Tagung wissenschaftlich aufbereitet und vertiefend diskutiert.

So ging es zunächst darum, welche Stelle die Verantwortung trägt, wenn Entscheidungen z. B. in einem Netzwerk ohne hierarchischen Aufbau zustande gekommen oder wenn ressortübergreifende Aufgaben auf ein Shared Service Center übertragen worden sind. Genauso problematisch ist die Verantwortungszurechnung bei „unscharfer Zuständigkeit“, z. B. bei den für die Hartz IV-Verwaltung eingerichteten ARGEn, die laut Bundesverfassungsgericht unzulässige Mischverwaltung darstellen.

Des Weiteren muss die demokratische Legitimation der ausführenden Stellen gewährleistet sein. Die Vorschläge gingen dahin, nicht mehr so sehr auf die unmittelbar vom Volk abgeleitete durch Wahlen sichergestellte Legitimation (inputorientiert) abzustellen, sondern daneben auch die Ergebnisse des Verwaltungshandelns (Output- bzw. Nutzenorientierung) zu betrachten. Wie ist die Entscheidung zustande gekommen, welche Erwägungen haben eine Rolle gespielt? Welche Auswirkungen hat sie auf die Bürger und ist sie wirklich im Interesse des Volkes getroffen worden? Transparenz und öffentliche Wertschöpfung (Public Value) heißen hier die Schlagworte.

Schließlich ging es um rechtliche Fragestellungen bei der Implementierung moderner technischer Standards. So ist zu beachten, dass grundsätzlich erstrebenswerte einheitliche Software-Lösungen Einfluss auf den Abwägungsvorgang haben können. Unter Umständen müssen vorhandene Kontrollinstrumente (Selbstkontrolle, Aufsicht, Rechtsschutz) an die technischen Möglichkeiten angepasst werden. Selbstverständlich muss neben dem Datenschutz in jedem Verfahrensstadium auch die Rechtssicherheit gewährleistet sein.

Für die Teilnehmer war die Tagung ein fruchtbarer Gedankenaustausch, der die Probleme bei der Einführung technisch gestützter Entscheidungsfindung deutlich gemacht hat.

Das Symposium soll in jährlichem Rhythmus fortgeführt werden.

Ein Tagungsband wird voraussichtlich 2009 im Nomos-Verlag erscheinen.

Flexibles Organisationsmanagement in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung

In der Privatwirtschaft ebenso wie im öffentlichen Sektor spielen Kooperationen zwischen Organisationen und ihre Flexibilisierung eine zunehmende Rolle, wenn es darum geht Effizienzen zu heben und Unternehmen und Verwaltungen effektiver zu machen. Nach der Privatwirtschaft setzte ab den 1990er Jahren mit dem New Public Management auch in der öffentlichen Verwaltung eine Welle von strukturellen Veränderungsprozessen ein. Dezentralisierte Geschäftsbereiche/Divisions sollten schnell und kundenorientiert handeln können. Personal- und Ressourcenverantwortung wurden von den Zentralen an die Dezentralen delegiert, Controllingprozesse im Sinne einer Outputsteuerung etabliert. Outsourcing, Shared Service Centers und Public Pri-



Das Bild zeigt den Managing Director der BASF Services Europe GmbH, Hans Jürgen Seeger, Frau Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen und den Leiter der Projektgruppe Verwaltungs-Service Center beim Bundesverwaltungsamt, Günter Kretschmar (von links nach rechts)

vate Partnerships sind Beispiele für diese neuen Konzepte. Ihre Einsatzmöglichkeiten, Anwendungsbedingungen und ihre möglichen Probleme waren Gegenstand des Kolloquiums „Flexibles Organisationsmanagement in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung“ am 04.12.2008 an der DHV Speyer. Das Kolloquium wurde von Frau Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung (AWV) veranstaltet. Rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Bereichen Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft, sowie Hörerinnen und Hörer der DHV Speyer nahmen am Kolloquium teil.

In den Vorträgen beleuchteten Experten aus der Verwaltung und der Wirtschaft verschiedene Aspekte aus der aktuellen Diskussion zum flexiblen Organisationsmanagement. Dabei stellten Vertreter des Bundesverwaltungsamtes dessen „Drei-Partner-Modell“ und Shared Service Center ebenso vor, wie die BASF Services Europe das Shared Service Center der BASF.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass aktuelle Modelle der Kooperation öffentlicher und privater Partner Lösungsmöglichkeiten für Probleme bieten, die z. B. in Folge des Outsourcings entstehen. So stellt das vorgestellte Drei-Säulen- bzw. Partner-Modell des Bundesverwaltungsamtes eine mögliche Lösung des Informationsproblems der Steuerung des Einbaus externer Dienstleister in die eigene Wertschöpfung dar. Dieses Modell bietet Problemlösungen für Fachbehörden sowohl hinsichtlich des Controlling als auch des Erfahrungs- und Wissenstransfers. Ein effektiveres und effizienteres Verwaltungshandeln kommt sowohl den beteiligten Behörden als auch den Bürgerinnen und Bürgern zugute. Ein weiteres Modell, wie der öffentliche Auftraggeber die Zügel in der Hand behalten kann, ist das Modell der Beleihung von Privaten. Dabei wer-

den öffentlich-rechtliche Befugnisse eines öffentlichen Trägers auf Private, z. B. Einzelpersonen oder Unternehmen übertragen. Allerdings gibt es,

z. B. hinsichtlich der Haftung der Beliehenen noch offene Fragen.

Auch international aufgestellte Unternehmen wie die BASF reagierten bereits vor einigen Jahren mit der Etablierung von internen Shared Service Centers innerhalb des Konzerns auf die Probleme von Dezentralisierungsprozessen. In diesen Centern

werden unterstützende Dienstleistungen wie Personalbuchhaltung, Rechnungswesen, IT, Facility Management gebündelt. Neben internen Kunden, den Divisions, sollten diese Centers auch externe Kunden anlocken, und sich so am Markt messen müssen. Damit wollte man die notwendigen Kompetenzen in den unterstützenden Dienstleistungen und insbesondere in wissensbasierten Dienstleistungen im Konzern behalten, aber gleichzeitig den anspornenden und disziplinierenden Druck des Wettbewerbs auf den Dienstleister nutzen können.

Insgesamt gab das Kolloquium neue Einsichten in die Kunst und Wissenschaft des guten Organisierens, in die Anwendungsbedingungen der verschiedenen Organisationsmodelle, Besonderheiten und Übertragbarkeit der Modelle zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Zugleich wurde aber auch deutlich, dass noch so manche Wegstrecke in Richtung eines möglichst optimalen flexiblen Organisationsmanagements in Verwaltung und Wirtschaft zurückzulegen ist.

Ansprechpartnerin:
Prof. Dr. Dorothea Jansen
Telefon: 06232/654-364
E-Mail: jansen@dhv-speyer.de

D. R.



Das Bild zeigt den Ministerialdirigenten a. D. Dr. Dietrich Vaubel, den Vizepräsidenten des Bundesverwaltungsamtes, Giso Schütz, und Frau Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen (von links nach rechts)

Fotos: DHV-Archiv

Governance-Formen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Am 6. Februar 2009 widmete sich eine von der DHV Speyer in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für historische Forschung (FARE) sowie dem Institut de Recherche Carré de Malberg (IRCM) der Université Robert Schuman de Strasbourg (URS), dem Euro-Institut Kehl (E-I) und dem Pôle Européen d'Administration Publique (PEAP) ausgerichtete Tagung dem Problem der Governance-Formen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Das Seminar war Teil eines dreijährigen deutsch-französischen Tagungszyklus zu den verschiedenen Aspekten grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Europa und stand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, Prorektor der DHV Speyer, sowie von Dr. Birte Wassenberg (Strasbourg) und Dr. Joachim Veck (Kehl).

Nach einer Einführung in die Thematik durch den Président du Conseil Régional d'Alsace, Adrien Zeller, und den Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats, Ulrich Bohner, diskutierten die zahlreichen anwesenden Expertinnen und Experten nach Impulsreferaten die Grundlagen grenzüberschreitender Zusammenarbeit, Anwendungsfelder historisch gewachsener Kooperationsformen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit staatlichem Schwerpunkt und neuartige Governance Strukturen. Es zeigte sich, dass in allen deutschen Grenzregionen (Verwaltungs-) Zusammenarbeit zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beiderseits der Grenze stattfindet. Im föderalen System der Bundesrepublik stellt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eines der wichtigsten Handlungsfelder im Rahmen der sogenannten „kleinen Außenpolitik“ der Länder dar. Auch wenn als oberstes Ziel dieser Zusammenarbeit zumeist die Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung in den Grenzregionen angeführt wird, gibt es doch große Unterschiede im Hinblick auf die rechtliche und praktische Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Kooperationen. Allen Kooperationsstrukturen gemeinsam ist, dass bislang keine Übertragung von staatlichen Kompetenzen auf zwischenstaatliche Einrichtungen stattgefunden hat und grenzüberschreitende Einrichtungen daher in erster Linie Koordinierungsaufgaben übernehmen. Beschlüsse werden in der Regel nach dem Konsensprinzip getroffen und müssen von den jeweiligen hoheitlichen Verwaltungsstrukturen umgesetzt werden.

Begünstigt durch die Regionalpolitik der Europäischen Union und durch europäische Förderprogramme, wie etwa der Gemeinschaftsinitiative Interreg, nahmen in den vergangenen Jahren sowohl die Intensität der grenzüberschreitenden Kooperationen als auch die Bandbreite an möglichen Governance-Formen und auch das Spektrum der Inhalte der Zu-

sammenarbeit in allen europäischen Grenzregionen zu.

Während des eintägigen Seminars sollten Formen, Muster, Funktionsweisen, -mechanismen und -bedingungen grenzüberschreitender Governance-Strukturen in den verschiedenen deutschen Grenzregionen dargestellt und miteinander verglichen werden.

Dabei spielt sowohl das juristische Steuerungsdesign von Regelstrukturen als auch die kausale Verbindung zwischen diesen Strukturen und den Handlungen, Interessen und Interaktionen der Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine große Rolle.

Der Governance-Begriff, der sich in den Sozialwissenschaften einer großen Beliebtheit erfreut, diente in der Veranstaltung in erster Linie als Analysekonzept, aber auch als ein deskriptives, praktisches und auch normatives Konzept, um Fragen der Gestaltungsmöglichkeiten der Akteure und nach den formalen und informalen Regeln, die deren Handlungen und Interaktionen beeinflussen, beantworten zu können.

Insbesondere bei folgenden Themen zeigte sich Klärungsbedarf:

- Kategorien, Charakteristiken, Rechtsformen und Typologien von Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,
- Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten der Einrichtungen der Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,
- Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Aufbau- und Ablauforganisation der Zusammenarbeit,
- Zusammenhänge zwischen Strukturen und Prozessen der Zusammenarbeit,
- Effektivität und Effizienz grenzüberschreitender Koordinationsstrukturen und
- Potentiale und Grenzen der Zusammenarbeit.

Wissenschaftler berichteten von ihren Forschungsergebnissen und Praktiker aus Deutschlands Grenzregionen stellten ihre Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Kooperation vor. Beispiele für best practices sollten identifiziert, Optimierungspotentiale erkannt und Zukunftsstrategien für die Zusammenarbeit aufgezeigt werden.



Dolmetscher sorgten für eine grenzüberschreitende Verständigung unter den Tagungsteilnehmern Foto: DHV

10. TOP-Seminar für Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter in Ministerien (exklusiv)

Am 5. und 6. Februar 2009 fand nun schon zum 10. Mal das TOP-Seminar unter Leitung von Prof. Dr. Hermann Hill statt. Eine im vergangenen Herbst durchgeführte Themenabfrage brachte das Interesse an folgenden Themen zutage: Fachaufsicht, E-Government und Entwicklungen zur Verwaltungsmodernisierung in Europa.

Das Einführungsreferat zum Thema Fachaufsicht von Prof. Dr. Thomas Groß machte Grundlagen und aktuelle Entwicklungen deutlich. Er ging auf die Formen und Instrumente der Fachaufsicht ein und stellte die Beteiligten dar.

Als neuere Entwicklung nannte er insbesondere Zielvereinbarungen, die als Instrument der Fachaufsicht dienen können. Bei der heutigen Praxis, sich immer öfter Privater zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu bedienen, gewinnt die Frage nach der Durchführung der Fachaufsicht besondere Bedeutung.

Seitens der Bundesministerien wurde eine Projektgruppe gegründet, deren Ergebnisse von Dr. Georg Thiel dargestellt wurden. Projektziele waren ein einheitliches Verständnis von Fachaufsicht aufzubauen, Zieltransparenz herzustellen, Zuständigkeiten zu klären und die Steuerung der Geschäftsbereiche zu stärken. Inzwischen wurden Grundsätze zur Ausübung von Fachaufsicht entwickelt und in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien aufgenommen, es wurden Schulungen zum Thema Fachaufsicht angeboten und ein ressort- und länderübergreifender Erfahrungsaustausch angestoßen.

Peter Grabowski veranschaulichte die Fragestellung mit einem Beispiel aus Niedersachsen. Da dort die Bezirksregierungen abgeschafft worden sind, wurde die Fachaufsicht auf Ressortebene verlagert und musste vollkommen neu organisiert werden. Dazu wurde auch hier eine Projektgruppe gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu verbessern, neue Instrumente aus dem NSM und dem Controlling auszuprobieren und am Ende Leitfäden und Empfehlungen auszusprechen.

Was Führungskräfte von E-Government wissen müssen, brachte den Teilnehmern Jürgen Häfner näher.

Er brachte positive Beispiele des Einsatzes von E-Government z. B. im Einwohnermeldewesen (EWOIS), das zugleich als Informationssystem für andere Behörden dient und für bundesweiten Datenaustausch in besonders gesicherten Netzen genutzt werden kann.

Häfner propagierte zudem den Einsatz von Dokumenten-Management-Systemen, die langfristig zum papierlosen Büro führen sollen. Im Ergebnis zwingen die technischen Entwicklungen auch die Führungspersonen, ihre Aufgaben verstärkt über elektronische Medien wahrzunehmen.

Schließlich gab Prof. Dr. Hermann Hill einen umfangreichen Überblick über internationale Entwicklungen der Verwaltungsmodernisierung und deren Einfluss auf die deutsche Verwaltung.

Unterschiedliche Verwaltungstraditionen und Staatsverständnisse haben zwar historisch zu verschiedensten Entwicklungen der öffentlichen Verwaltungen geführt. Vom streng zentralistisch aufgebauten Rechtsstaat bis hin zum minimalistischen Wohlfahrtsstaat ist in Europa jede Ausprägung vertreten. Überstaatliche Modernisierungstheorien wie (New) Public Management, Neo-Weberianismus, New Regulation, Public Value Management sowie Entwicklungen auf EU-Ebene bleiben jedoch nicht ohne Auswirkungen.

Im Sommersemester 2009 wird Prof. Hill zu diesem Thema ein virtuelles Seminar mit dem Titel „Verwaltungsmodernisierung im europäischen Vergleich“ anbieten. Im Internet werden umfangreiche Literaturtipps und die Seminararbeiten veröffentlicht, in einem Forum besteht die Möglichkeit, sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen.

Unter <http://www.dhv-speyer.de/hill/lehrangebot/Sommersemester-2009/VerwModEU.htm> erfolgen zu gegebener Zeit aktuelle Hinweise.

Start einer neuen Tagungsreihe Erste Speyerer Weintagung

„Trotz Wirtschaftskrise – Wein geht immer“. So lässt sich das Ergebnis der 1. Speyerer Weintagung in kurzen Worten zusammenfassen, die am 12. und 13. März an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter der Leitung der Speyerer Univ.-Professoren Dres. Andreas Knorr, Georg Krücken und Ulrich Stelkens stattfand.



Uni.-Prof. Dr. Georg Krücken, Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens, Stuart Pigott, Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr (v. links)
Foto: Lenz

Dabei wurde deutlich, dass sich trotz schwieriger werdender Rahmenbedingungen, nicht zuletzt aufgrund eines geänderten Gesundheits- und Markenbewusstseins der Konsumenten, der Markt für Wein sehr dynamisch entwickelt und weltweit über ein erhebliches Wachstumspotential verfügt.

Die Tagung bildete die Auftaktveranstaltung zu einer neuen Tagungsreihe im Rahmen des Weiterbildungsprogramms der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Die Veranstaltung richtete sich vor allem an leitende Verwaltungsbeamte und -angestellte der für die Weinwirtschaft zuständigen Ministerien, Bundes- und Landesbehörden sowie an Führungskräfte aus der Weinwirtschaft, an Vertreter der Fachverbände und an interessierte Wissenschaftler aus ganz Deutschland und Europa.

Schließlich zählt die Weinwirtschaft nicht nur zu den bedeutendsten Branchen des Landes Rheinland-Pfalz, sondern sie stellt auch einen der wichtigsten Exportsektoren dieses Bundeslandes dar. Gleichwohl mangelt es bislang an spezifischen Weiterbildungsangeboten, die die beträchtlichen strukturellen Umwälzungen, welche die deutsche Weinwirtschaft in naher Zukunft zu bewältigen haben wird, sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus Praktikersicht angemessen reflektieren und begleiten. Diese Lücke will die Speyerer Weintagung als jährlich stattfindendes Fachforum schließen.

Insgesamt acht Referenten diskutierten in diesem Fachforum aktuelle Fragen des Weinrechts, des Strukturwandels in der Weinwirtschaft sowie Herausforderungen durch die auch die Weinwirtschaft betreffende Globalisierung.

und Teilnehmern ebenso wie die Anmeldungen aus zahlreichen deutschen Weinbaugebieten zeigten deutlich den Bedarf an derartigen Veranstaltungen. Dies wurde auch in den durchweg positiven Rückmeldungen der Teilnehmer deutlich.

Den insgesamt rund 50 Teilnehmern aus Hochschulen, Ministerien, Winzergenossenschaften sowie dem Weinhandel wurde im Rahmen der Tagung nicht nur ein abwechslungsreiches theoretisches Programm geboten, sondern zum Abschluss auch ein ganz besonderer „Praxistest“.

Nach einem kenntnisreichen und dennoch kurzweiligen Vortrag des britischen „Weinpapstes“ Stuart Pigott über die Geschichte des Weinanbaus konnten sich die Teilnehmer der Veranstaltung von der Qualität alter Weine nach Madeira-Art überzeugen.

Aufgrund des großen Erfolgs der 1. Speyerer Weintagung und der regen Nachfrage auch aus anderen Bundesländern wird die Veranstaltung künftig jährlich stattfinden.

Nähere Informationen hierzu und zur Anmeldung werden rechtzeitig unter <http://www.dhv-speyer.de/Weiterbildung/suche.htm> veröffentlicht werden.

Die regen Diskussionen zwischen Referenten

20. Europa-Seminar Speyer

Das 20. Europa-Seminar Speyer, das vom 15. bis 17. Oktober 2008 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann sowie in Kooperation mit dem Europäischen Institut für öffentliche Verwaltung in Maastricht an der DHV Speyer stattfand, befasste sich mit den aktuellen Herausforderungen der weiteren institutionellen Entwicklung der europäischen Integration sowie mit sach- und finanzpolitischen Reformen der Europäischen Union.

Entscheidungsträger aus Verwaltung und Wirtschaft vertieften ihre europaspezifischen Kenntnisse zu den Themen „Der Reformvertrag von Lissabon und die Mitwirkung von Bund und Ländern an den Angelegenheiten der EU“, „Probleme bei der Durchsetzung des Unionsrechts in den Mitgliedstaaten“, „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen in der EU“ sowie „Zukünftige Herausforderungen der EU“.

Einen Höhepunkt der Tagung bildete ein Besuch bei der BASF in Ludwigshafen, wo Dr. Jörg Buchmüller, Leiter des Bereichs Recht, Steuern und Versicherung der BASF, die Teilnehmer und Referenten begrüßte.

Nach einer Werksbesichtigung wurde hier die aktuelle Thematik „Agrarrecht und Biotechnologie im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Umweltschutz“ behandelt.

Hochrangige Europa-Experten aus Wissenschaft und Praxis führten während der Tagung mit Kurzreferaten in das jeweilige Thema ein. In der

sich anschließenden gemeinsamen Diskussion wurden die europarechtlichen Fragestellungen in der verwaltungsrechtlichen Praxis vertieft.

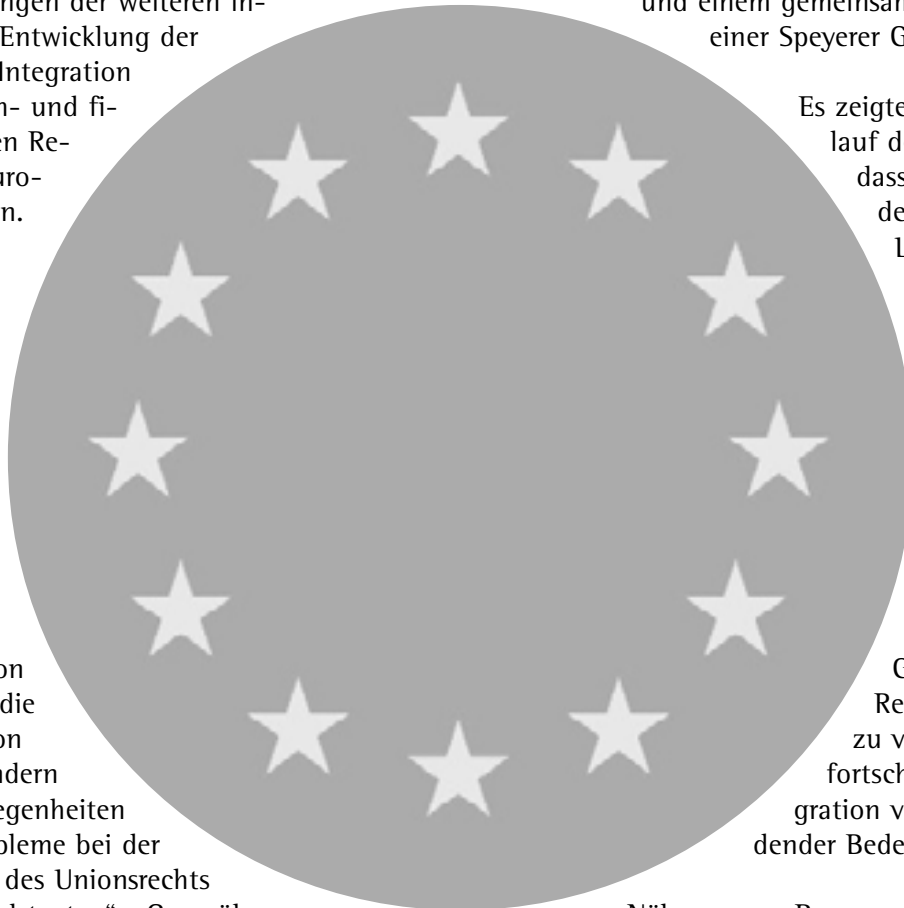
Der rege Erfahrungsaustausch zwischen den Referenten und den Teilnehmern setzte sich im Rahmenprogramm bei einer Fahrt an die Weinstraße und einem gemeinsamen Essen in einer Speyerer Gaststätte fort.

Es zeigte sich im Verlauf des Seminars, dass die Zukunft des Vertrages von Lissabon, dessen Ratifizierung bis Ende des Jahres 2009 angestrebt wird, sowie die Aufgabe, die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten ohne die Gefährdung des Reformprozesses zu vereinen, für die fortschreitende Integration von entscheidender Bedeutung sind.

Näheres zum Programm und zu den Referenten des Seminars befindet sich auf den Lehrstuhl-websites:

www.dhv-speyer.de/Magiera/ und
www.dhv-speyer.de/Sommermann/.

Das nächste Europa-Seminar Speyer ist für den 14. bis 16. Oktober 2009 vorgesehen.



VIII. Führungskolleg Speyer

Der achte Jahrgang des Führungskollegs Speyer hat von den insgesamt 12 Kurswochen mittlerweile sieben Kursmodule absolviert zu den Themen „Führung“, „Strategie“, „Kommunikation“, „Komplexitätsmanagement“, „Verwaltungsreformen“, „Personal“ und „Europäisierung“. Über die ersten vier Module berichteten bereits Nr. 12 und 13 des „Speyerjournal“, nun folgt eine Zusammenfassung der fünften bis siebten Kurswoche:

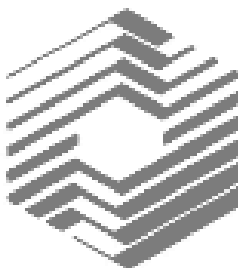
Die fünfte Kurswoche des FKS VIII – die sogenannte „Nordlandreise“ –, die dem Thema „Verwaltungsreformen“ gewidmet war, fand in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg statt und sollte dazu dienen, die Verwaltungsreformen dieser Bundesländer genauer kennen zu lernen. Zusätzlich wurde in allen drei Ländern auch die länderübergreifende Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Metropolregion Hamburg, thematisiert. Darüber hinaus sprach der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring über die Neuordnung des Länder-Finanzausgleichs. Ziel der niedersächsischen Verwaltungsreform ist eine bürger- und unternehmensfreundliche Verwaltungspraxis, die etwa durch den Ausbau des E-Government unterstützt werden soll – so stellte Dr. Christoph Lahmann, IT-Bevollmächtigter der Landesregierung vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration die neue Rolle der IT für die Verwaltung in seinem Bundesland vor.

In Schleswig-Holstein wurde während der Kurswoche der Schwerpunkt zunächst auf die wirtschaftliche Seite der Verwaltungsreformen gelegt. Staatssekretär Klaus Schlie erläuterte das Spannungsfeld der „Verwaltungsmodernisierung zwischen Europa und Gemeinde“. Ziele der Verwaltungsmodernisierung in Schleswig-Holstein seien die Senkung der Verwaltungskosten bzw. Haushaltskonsolidierung, größere Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, sparsamer Ressourceneinsatz, eine konsequente Bürgerorientierung, ein wirtschaftsfreundliches Investitionsklima sowie Qualitätssteigerung des Verwaltungshandelns. Gleichzeitig müsse die Verwaltung „europatauglicher“ werden. Zusätzlich arbeitet Schleswig-Holstein mit Baden-Württemberg federführend am „Deutschland-Online-Vorhaben“ zur IT-Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Die länderübergreifende Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg stellten Staatssekretär Dr. Helmut Körner vom schleswig-holsteinischen Ministerium für Soziales,

Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren und Staatssekretär Ulrich Lorenz vom Innenministerium vor.

In Hamburg spielte neben der strategischen Personalentwicklung – präsentiert durch Dr. Volker Bonorden, Leiter des Personalamtes des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, und Katharina Dahrendorf, Absolventin von FKS VII, auch die Stadtentwicklungspolitik eine wichtige Rolle. Diese erläuterte

Prof. Jörn Walther, Oberbaudirektor der Freien und Hansestadt Hamburg. Am Beispiel der HafenCity hatte der Kurs danach die Möglichkeit, die Umsetzung eines Elementes der Hamburger Stadtentwicklungspolitik in Augenschein zu nehmen.



Die Kollegiaten von FKS VIII bei einer Führung durch die Hamburger HafenCity
Fotos: DHV-Archiv

Die darauf folgende Kurswoche im November 2008 widmete sich im ersten Teil Fragen des Umgangs der Führungskräfte mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nach einer Einführung zum Thema „Appreciative Inquiry“ (wertschätzende Erkundung) am Montag folgten am Dienstag und Mittwoch zwei ganztägige Workshops zu den Themen „Konfliktmanagement“ sowie „Aktivierende Führung – Potenzialentfaltung der Mitarbeiter“. In diesen Workshops hatten die Teilnehmer Gelegenheit, ihre Erfahrungen einzubringen und ihre Einstellungen und Methoden weiterzuentwickeln. Der zweite Teil der Kurswoche war verknüpft mit dem Follow-Up-Seminar, zu dem auch alle ehemaligen FKS-Absolventinnen und Absolventen geladen waren und in großer Zahl erschienen. In einem Vortrag mit anschließender Diskussion sprach Prof. Dr. Paul Kirchhof über das Thema „Erneuerung des Staates“. Der Schwerpunkt seiner Ausführungen lag auf der Frage, ob unsere Gesellschaft und der deutsche Parla-

mentarismus in Anbetracht der aktuellen globalen Wirtschafts- und Finanzkrise erneuerungsfähig sind. Das Follow-Up-Seminar diente vor allem auch der Netzworkebildung mit den ehemaligen Kollegiatinnen und Kollegiaten.



Univ.-Prof. Dr. Paul Kirchhof bei seinem Vortrag im Rahmen des Follow-Up-Treffens des FKS im Rathaus der Stadt Speyer



Die Teilnehmer des Follow-Up-Treffens im Rathaus Speyer

Im ersten Teil der siebten, dem Schwerpunkt „Europäisierung“ gewidmeten Kurswoche, die in Nordrhein-Westfalen und Brüssel stattfand, wurden zunächst die aktuellen Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen thematisiert. So führte Manfred Palmen, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, in die Thematik der Verwaltungsstrukturereformen in Nordrhein-Westfalen ein. Ziel war es danach im weiteren Verlauf der Kurswoche, die Interdependenzen zwischen Landespolitik und Vorgängen auf europäischer Ebene zu vermitteln. Inhalte eines Gesprächs mit Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei waren unter anderem die strategische Rolle des Bundeslandes im Benelux-Raum sowie die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise.



Die Kollegiaten beim Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei

Dr. Jürgen Linden, Oberbürgermeister der Stadt Aachen, stellte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die neue Kooperationsform zwischen Stadt und Kreis Aachen in Form der „Städteregion Aachen“ vor. In Brüssel wurden unter anderem das Europäische Parlament und der Ausschuss der Regionen besucht sowie aktuelle Fragestellungen der europäischen Politik – vor allem der Finanz- und Wirtschaftskrise – diskutiert. Gesprächspartner waren hier unter anderem Mitarbeiter der Generaldirektionen der Europäischen Kommission, des Ausschusses der Regionen, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU sowie zwei Europaparlamentarier, MdEP Dr. Werner Langen sowie MdEP Dr. Klaus Hänsch, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlamentes.



Der Kurs bei MdEP Dr. Werner Langen im Europaparlament

Stefanie Nick-Magin

Zum 4. Mal dabei auf der Messe Moderner Staat



„Licht, transparent, offen und durchlässig: Die neue Hallenbelegung von MODERNER STAAT versinnbildlicht, wie vom Messeveranstalter Reed-Exhibitions

beabsichtigt, auch die Erneuerung der öffentlichen Verwaltungen. Mit den Themen liegt MODERNER STAAT, genau richtig und setzt erneut einen positiven Schub frei.“ Dies war der erste Eindruck von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, Staatsminister a. D., bei seinem Eintreffen auf dem Berliner Messegelände. Dort unterstrich vom 4. bis 5. November 2008 die Messe MODERNER STAAT mit mehr Ausstellern und Besuchern und einer deutlich vergrößerten Ausstellungsfläche in neuen Messehallen erneut ihre Position als bundesweit wichtigster Treffpunkt des Public Sectors.

Ein Plus von sechs Prozent bei der Zahl der Aussteller und eine um 20 Prozent erweiterte Standfläche markierten neue Rekordwerte in der Geschichte

von Messe und Kongress, die seit 1997 als jährliches Gipfeltreffen von Spitzenvertretern aus Bund, Ländern und Gemeinden stattfindet.

Insgesamt zählte der Veranstalter, die Reed Exhi-



Neue Räumlichkeiten für die Messe Moderner Staat auf dem Berliner Messegelände
Foto: DHV

bitions Deutschland GmbH, 3.620 Besucher (im Vorjahr: 3.500) und 213 ausstellende Unternehmen (im Vorjahr: 203). Auch qualitativ konnte die Messe ihre Leitfunktion weiter ausbauen: Beinahe 80 Prozent der Besucher hatten Entscheidungskompe-

Großer Besucherandrang auf der Messe Moderner Staat in den neuen Messehallen
Foto: Reed



tenz, annähernd 60 Prozent von ihnen reisten aus einem Umkreis von mehr als 200 Kilometern an. Erneut nahezu paritätisch war dabei die Präsenz von Spitzenvertretern aus Bund (20%), Ländern und Kommunen (jeweils 30%). Die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung sind



Messe MODERNER STAAT mit mehr Ausstellern und Besuchern und einer deutlich vergrößerten Ausstellungsfläche
Foto: Reed

nicht leichter geworden: „Wir müssen mit weniger Geld mehr gestalten“, so Prof. Hill von der DHV Speyer, neben BMI und KGSt der Kongresspartner von MODERNER STAAT. Vordringliche Aufgaben sind dabei die Umsetzung der Reformprojekte wie die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Doppik und die zentrale Behördenrufnummer 115. Aber auch die Optimierung bestehender Prozesse und IT-Strukturen sowie der Ausbau neuer Dialogformen und interaktiver Bürgerdienste standen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Das zeigen auch die Ergebnisse der repräsentativen Besucherbefragung: Hier dominierten die Themenbereiche E-Government, Finanzmanagement, Personalmanagement,

Best-Practice-Lösungen für bürgernahe Dienste sowie das Dokumentenmanagement.

Als treibende Kraft für die künftige Entwicklung der öffentlichen Verwaltung wird sich bis ins Jahr 2020 der demografische Wandel erweisen. Das dokumentiert der Zukunftsreport MODERNER STAAT, der im Rahmen der Messe vorgestellt wurde. Die von der Prognos AG erstellte Studie definiert das Personalrecruiting und -management als ein zentrales Thema, dem sich der öffentliche Dienst auf allen drei Verwaltungsebenen zu stellen haben wird. Entsprechend groß war das Interesse an den Podiumsdiskussionen, die nach der Eröffnung durch Staatssekretär Dr. Hans Bernhard Beus (BMI) an beiden Messetagen zentrale Themen des Zukunftsreportes zum Gegenstand hatten.

Die DHV Speyer war auf der Messe nicht nur mit einem Stand vertreten, sondern besetzte auf dem die Veranstaltung begleitenden Kongress gleich mehrere Panels.

In einem von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill geleiteten Forum ging es um die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland. Diese muss bis zum 28. Dezember



Eröffnungsrunde mit Univ.-Prof. Dr. Hill (2. von rechts) Foto: Reed



Kongressbesucher beim Eröffnungspodium

Foto: Reed

2009 in nationales Recht umgesetzt sein. Im Forum wurden dazu verfahrensrechtliche und organisatorische Aspekte sowie Fragen der elektronischen Umsetzung thematisiert.

Das von Prof. Dr. Marga Pröhl geleitete Forum widmete sich dem Thema „CAF – Mit Selbstevaluation sowie Ziel- und Aufgabensteuerung zu besserer Leistung“. Insbesondere wurden die CAF-Methode sowie zwei Praxisbeispiele und daraus entstandene Verbesserungsprozesse vorgestellt. Das Common Assessment Framework (CAF) ist eine einfach anwendbare Selbstevaluationsmethode, die für Verwaltungen in den europäischen Ländern entwickelt wurde.

Ein weiteres Forum der DHV Speyer unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch zum Thema „ITIL – Checkliste für eine dienstleistungsorientierte IT?“ umriss die grundsätzliche Problematik des IT-Einsatzes in der Verwaltung und berichtete aus der Praxis, wie der de facto-Standard ITIL helfen kann, ein modernes Dienstleistungsmanagement aufzubauen.

Um Regulierung als neue Form der Staatstätigkeit ging es in dem von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens geleiteten Forum. Erörtert wurde hier unter anderem die Frage, ob sie eine Sicherung der Daseinsvorsorge oder die Zerstörung bewährter Strukturen bedeutet.



Doppik-Forum mit Univ.-Prof. Dr. Mühlenkamp (2. von links)
Foto: DHV

Im „Doppik-Forum – Heterogenität und Standardisierungsbedarf im neuen kommunalen Rechnungswesen“ diskutierte Univ.-Prof. Dr. Holger Mühlenkamp unter anderem darüber, dass das neue doppische Haushaltsrecht für Kommunen viele länderspezifische Unterschiede aufweist. In dem Forum wurden auch Ergebnisse eines von der KGSt und der Bertelsmann Stiftung mit wissenschaftlicher Unterstützung des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV) in Speyer durchgeführten

Forschungsprojektes zur Heterogenität und zum Standardisierungsbedarf im neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen vorgestellt.

Im Forum „Leistungsorientierte Bezahlung. Eine Therapie und ihre (Neben-)Wirkungen“ diskutierte Univ.-Prof. Dr. Holger Mühlenkamp über die Einführung der Leistungsbezahlung im öffentlichen Dienst.



Stand der DHV auf der Messe Foto: DHV

Das von Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber moderierte Forum „Bürokratieabbau – Zwei Jahre Standardkosten-Modell“ zog eine Bilanz über die vergangenen zwei Jahre Anwendung des SKM in Deutschland.

Neu war ebenfalls das von Univ.-Prof. Dr. Färber moderierte Forum „Junge Forschung“. Es eröffnete jungen Forscherinnen und Forschern der Hochschule eine Gelegenheit, ihre Forschungs- und Dissertationsprojekte zu aktuellen Problemen der öffentlichen Finanzen mit ersten aktuellen Ergebnissen einer breiten Fachöffentlichkeit vorzustellen. Auch bot dieses Forum dem Fachpublikum Einblicke in die aktuelle „Forschungsküche“.

Hier referierten Verw.wiss. Thomas Duve, Mag. rer. publ., zum Thema „Kommunale Haushaltskonsolidierung durch einen „Zwangsbeauftragten“ der Kommunalaufsicht“, Dipl.-Volkswirt Dipl.-Kfm. Daniel Richter zum Thema „Kommunale Verschuldung zwischen staatlicher Regulierung und marktwirtschaftlichen Sanktionen“, Dipl.-Volkswirtin Jutta Lautenschlager zum Thema „Über Irrtümer und Fehlschläge öffentlicher Aufgabenkritik“ und Ass. jur. Melanie Funke, LL.M., sowie Dipl.-Volkswirt Steffen Walther zum Thema „Nachhaltige Finanzierung der Beamtenversorgung“.

Alle Beteiligten waren mit dem Erfolg der DHV Speyer auf der Messe mehr als zufrieden. Daher wird die Hochschule auch bei der kommenden Messe MODERNER STAAT am 24. und 25. November 2009 auf dem Berliner Messegelände dabei sein.

Die DHV bildet aus Ausbildung zum Fachangestellten für Medien und Informationsdienste

Sebastian Kost ist seit 1. September 2008 Azubi in der Bibliothek der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer mit dem Ausbildungsziel Fachangestellter für Medien und Informationsdienste. Hier schildert er seine ersten Eindrücke vom Berufsleben nach knapp einem halben Jahr Ausbildung an der DHV Speyer.

Das Formelle vorweg: den Beruf des Fachangestellten für Medien und Informationsdienste gibt es seit 1998 und er teilt sich in fünf Fachrichtungen: Bibliothek, Information und Dokumentation, Archiv, Bildagenturen und Medizinische Dokumentation.



Seit 1. September 2008 Azubi an der DHV Speyer: Sebastian Kost

Foto: DHV

Am ehesten zu vergleichen ist der heutige Ausbildungsberuf mit dem des Bibliotheksassistenten, der im Zuge der Einführung des FAMIS abgeschafft wurde. Grundsätzlich sind die meisten Azubis im Bereich Bibliothek tätig. Dieser Ausbildungsgang wird eher im öffentlichen Dienst absolviert und dort in öffentlichen sowie wissenschaftlichen Bibliotheken. Information und Dokumentation beispielsweise wird meist in der Privatwirtschaft ausgebildet.

Die Ausbildung an der DHV Speyer habe ich am 1. September des letzten Jahres angetreten und nach gut sechs Monaten ist es möglich ein erstes Resümee zu ziehen.

Nach der anfänglichen Eingewöhnungszeit und damit verbundenen Umstellungen darf ich getrost behaupten, dass der Einstieg in die Ausbildung sehr gut verlaufen ist. Natürlich musste hier und da noch mal nachgefragt werden, doch die Kolleginnen und Kollegen haben den Einstieg mehr als erleichtert. Anfangs noch etwas skeptisch, wie denn

das Ganze letztendlich in der Praxis aussehen würde, konnte ich alle Bedenken schnell über Bord werfen.

Schnell war mir klar, dass die Berufswahl nicht falsch sein konnte. Auch der erste Kontakt mit den Hörerinnen und Hörern verlief gut und war interes-

sant. Schnell wurde deutlich, dass eine große Arbeitsmoral vorherrschte. Leider fristet der Ausbildungsberuf meiner Meinung nach aber eher ein Schattendasein.

Fragt jemand nach der Ausbildung und man nennt die Originalbezeichnung (Fachangestellter für Medien und Informations-

dienste), dann ist dem Gesprächspartner anzumerken, dass in seinem Kopf die wildesten Spekulationen beginnen, welche Aufgaben mit diesem Beruf verbunden sein könnten. Zum Teil lässt sich dann aber im weiteren Gesprächsverlauf mit falschen Vorstellungen aufräumen.

Während der Ausbildung durchläuft man verschiedene Bereiche wie beispielsweise die Katalogisierung, die Erwerbung und die Ausleihe. Wie in Deutschland üblich, ist auch die Ausbildung als FAMl ein dualer Ausbildungsberuf und hier könnte man wohl behaupten liegt ein Knackpunkt. Denn der schulische Teil wird im weit entfernten und etwas abgelegenen schwäbischen Calw abgehalten. Ich hoffe auf weitere, lehrreiche zweieinhalb Jahre hier in Speyer.

Sebastian Kost

Personalialia (1. Oktober 2008 bis 31. März 2009)

a) Ernennungen / Verbeamtungen

- 22.10.08 Kropp, Sabine, Univ.-Prof. Dr., Inhaberin des Lehrstuhls für Politikwissenschaft
01.02.09 Latka, Markus, Dr., wiss. Bibliothekar, Ernennung zum Bibliotheksrat z. A.



Ernennung von Dr. Markus Latka (l.) zum Bibliotheksrat z. A. durch den Rektor
Fotos: DHV

b) Einstellungen

- 01.10.08 Wagener, Irene, Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Magiera
01.10.08 Peters, Alexander, Ref. jur., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Wieland
01.11.08 Borsos, Marc, Dipl.-Kaufmann, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Wirtz
01.11.08 Piehler, Robert, M. A., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Wirtz
01.11.08 Schorlemmer, Priska Ruth, Dipl.-Politologin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Kropp
15.11.08 Stuchlik, Andrej, Dipl.-Politologe, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Kropp
15.11.08 Pistoia, Adriano, Dipl.-Wirtschaftsinformatiker, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Wirtz
05.11.08 Dagron, Stéphanie, Dr., wiss. Mitarbeiterin bei einem von Univ.-Prof. Dr. Sommermann geleiteten Projekt
19.01.09 Wenz, Christina, Assessorin, Referentin im Servicebereich Recht und Juristenausbildung
01.02.09 Ognois, Laure Gabrielle, Dr., Referentin für Internationale Beziehungen

c) Ausscheiden

- 31.10.08 Kerner, Johannes, Dipl.-Kaufmann, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Wirtz
31.12.08 Borsos, Marc, Dipl.-Kaufmann, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Wirtz
28.02.09 Lindenschmitt, Margit, Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch

d) Dienstjubiläum

- 25 Jahre Franz, Renate, Bibliotheksinspektorin, am 24.02.09



25 Jahre im Dienst der DHV Speyer: Renate Franz (m.) mit dem Prorektor (l.) und dem Rektor (r.)

Promotionen im Wintersemester 2008/2009

- DIETMAR ZIERER, Organisationsentwicklung und Wahlprogramme. Vergleich der innerparteilichen Willensbildung in den bayerischen Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen seit 1990 (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: Th. König/G. Färber
- MARTIN-PETER OERTEL, Der Erschließungsvertrag mit der kommunalen Eigengesellschaft - Zulässigkeit und Grenzen der Beauftragung als „Dritter“ im Sinne von § 124 BauGB. Gutachter: J. Ziekow/J. Wieland
- BENEDIKT SPEER, Grenze und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im historischen Kontext - eine explorative politikwissenschaftliche Fallstudie zum Pyrenäenraum (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: C. Böhrer/H. Siedentopf
- SABINE HELLING-MOEGEN, Die programmorientierte Förderung in der Helmholtz-Gemeinschaft: Anatomie einer Reform (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: R. Fisch/J. Blum
- TOBIAS ARENS, Inter- und intragenerative Umverteilung im deutschen Steuer-Transfer-System: Langfristige Wirkungen im Lebenszyklus (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: G. Färber/G. Krücken
- BURMAA NATSAG, Die Verwaltungskontrolle durch den mongolischen Rechnungshof und zur Fortentwicklung der Rechnungshofkontrolle unter Bezug auf die Praxis des Bundesrechnungshofs, München 2009. Gutachter: R. Pitschas/D. Engels
- DANIEL HISSNAUER, Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie (RL 2006/123/EG) auf das deutsche Genehmigungsverfahren (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: J. Ziekow/H. Hill
- AXEL TAUSENDPFUND, Gestaltungs- und Konkretisierungsmöglichkeiten des Bieters im Vergaberecht (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: J. Ziekow/K.-P. Sommermann
- STEFAN ITTNER, Fighting Corruption in Africa - A Comparative Study of Uganda and Botswana (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: H. H. von Arnim/S. A. Bahadir

Speyerer Arbeitshefte

- 197 ALEXANDER VIETHEN, Der Wirtschaftlichkeitsnachweis als entscheidungssteuernde Komponente bei PPP-Projekten: Strukturelle und rechtliche Anforderungen und Konsequenzen, Speyer 2008

Schriftenreihe der Hochschule

- 195 KLAUS KÖNIG, Moderne öffentliche Verwaltung. Studium der Verwaltungswissenschaft, Berlin 2008
- 196 ANTJE DEMSKE, Die Steuerungswirkung des Flächennutzungsplans und seine Bedeutung nach Inkrafttreten des Europarechtsanpassungsgesetzes (EAG Bau), Berlin 2009
- 197 DETLEF MERTEN (Hrsg.), Justizreform und Rechtsstaatlichkeit. Forschungssymposium anlässlich des 100. Geburtstages von Carl Hermann Ule (26.2.1907-16.5.1999), Berlin 2009

Speyerer Vorträge

- 93 JÜRGEN RÜTTGERS, Politik für die Wissensgesellschaft. Vortrag anlässlich der Eröffnung des Wintersemesters 2008/2009, Speyer 2009

SpeyerJournal Nr. 14

Wintersemester 2008/09

(Fortführung des SpeyerBriefs)

Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der DHV Speyer,
Freiherr-vom-Stein-Str. 2,
67346 Speyer;
Tel.: 06232/654-225;
Fax: 06232/654-208;
E-Mail: strohm@dhv-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm

Lektorat: Hildegard Grißmer

Druck: DHV Speyer, Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: DHV, DHV-Archiv, Reed Exhibitions GmbH, Lenz



„Unvergleichlich wertvoll für die Wissenschaft ist die Arbeit, die in der letzten Zeit geleistet wurde, um die Wissenschaften der Naturwissenschaften zu fördern. Die Wissenschaften der Naturwissenschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Naturwissenschaften, sondern auch die Wissenschaften der Gesellschaften. Die Wissenschaften der Gesellschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Gesellschaften, sondern auch die Wissenschaften der Naturwissenschaften.“



„Die Wissenschaften der Naturwissenschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Naturwissenschaften, sondern auch die Wissenschaften der Gesellschaften. Die Wissenschaften der Gesellschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Gesellschaften, sondern auch die Wissenschaften der Naturwissenschaften.“



„Die Wissenschaften der Naturwissenschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Naturwissenschaften, sondern auch die Wissenschaften der Gesellschaften. Die Wissenschaften der Gesellschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Gesellschaften, sondern auch die Wissenschaften der Naturwissenschaften.“

NEUES WISSEN BRAUCHT DAS LAND

„Welch hoher Dank ist dem zu sagen,
der frisch uns an das Buch gebracht,
das allem Forschen, allem Klagen
ein grandioses Ende macht.“ J. W. Goethe



„Die Wissenschaften der Naturwissenschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Naturwissenschaften, sondern auch die Wissenschaften der Gesellschaften. Die Wissenschaften der Gesellschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Gesellschaften, sondern auch die Wissenschaften der Naturwissenschaften.“



„Die Wissenschaften der Naturwissenschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Naturwissenschaften, sondern auch die Wissenschaften der Gesellschaften. Die Wissenschaften der Gesellschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Gesellschaften, sondern auch die Wissenschaften der Naturwissenschaften.“



„Die Wissenschaften der Naturwissenschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Naturwissenschaften, sondern auch die Wissenschaften der Gesellschaften. Die Wissenschaften der Gesellschaften sind nicht nur die Wissenschaften der Gesellschaften, sondern auch die Wissenschaften der Naturwissenschaften.“

Helfen Sie den Uni-Bibliotheken!

Stenden am Wissen schaffen e.V.
Postbank Nürnberg | Konto: 42 206 206
www.stendenamwissen.de | info@stendenamwissen.de
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG, BIC: BFSW33HAN, IBAN: 25 12 05 10 00 00 00 00 00

EX
LIBRIS

Beitrittserklärung für das Ehemaligen-Verzeichnis
der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Deutsche Hochschule für
Verwaltungswissenschaften Speyer
Ehemaligenverzeichnis
Freiherr-vom-Stein-Straße 2
67346 Speyer

Name, Vorname

Titel, Amtsbezeichnung

Funktion

Hörer/in im Speyer-Semester

Dienststelle (mit Anschrift/Telefon/Telefax/e-mail)

Privatanschrift

Telefon/Telefax/e-mail

Ich bin am weiteren Kontakt mit der Hochschule interessiert und bitte, die oben angegebenen Daten in das „Ehemaligenverzeichnis“ der Hochschule aufzunehmen. Mit der Einstellung meiner Daten in die passwortgeschützte und nur für Mitglieder der Ehemaligen-Vereinigung der DHV Speyer über das Internet einsehbare Datenbank bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir regelmäßig

- ☐ das Passwort für die Adressenrecherche in der Ehemaligen-Datenbank
- ☐ Einladungen zu Abendvorträgen
- ☐ Einladungen zum Semesterball

An den entstehenden Kosten beteilige ich mich mit dem Mindestbetrag von jährlich

- ☐ 8 Euro ☐ 15 Euro ☐ bzw. _____ Euro.

Der Beitrag ist bis zum 1. März eines Jahres auf das Konto der Landeshochschulkasse Mainz, Deutsche Bundesbank Filiale Mainz, BLZ 550 000 00, Kto-Nr. 55001511, Kassenzeichen 0910/28201/9010007 zu überweisen. (Einen entsprechenden Vordruck erhalten Sie jeweils mit der Übersendung des Ehemaligenverzeichnisses im Dezember).

Änderungen meiner Angaben teile ich Ihnen baldmöglichst mit.

Die Mitgliedschaft kann zum 31. Dezember eines Jahres (schriftlich) gekündigt werden.

Datum, Unterschrift